

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißtundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 21. November 1931

Nummer 93

Vertagung der endgültigen Entscheidung!

Die Verhandlungen vor dem über Bestand und Erneuerung des Tarifvertrags oder des Lohntarifs im deutschen Buchdruckgewerbe zuständigen Zentralschlichtungsamt am 17. November haben trotz vielstündiger Dauer mit bis in die späten Abendstunden anschließender Beratung der Schlichterkammer zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Vielmehr wurde infolge Unklarheit über die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums bezüglich einer zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes für das Vertriebsfähigkeitsgewerbe ernstlich vorgesehenen Verordnung einer Arbeitszeitverkürzung die definitive Entscheidung bis zum 28. November d. J. vertagt.

Damit ist zunächst dem berechtigten Einwand unserer Vertreter sowohl bei den Verhandlungen der Tarifkommission wie vor dem Zentralschlichtungsamt, daß ohne eine solche Klarstellung eine Änderung des Lohn- und Tarifvertrags für das Buchdruckgewerbe nicht zu verantworten wäre, bis zu einem gewissen Grad Rechnung getragen. Wir haben schon im Bericht über die Verhandlungen der Tarifkommission in voriger Nummer mitgeteilt, daß vor endgültigem Abbruch der Verhandlungen am 16. November festgestellt wurde, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein weder irgendwelche Rücksicht auf die gegenwärtigen Beratungen der Reichsregierung mit dem Wirtschaftsbeirat zu nehmen, noch die immer stärker an die Tore des Gewerbes poachende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über eine zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes vorgesehene Arbeitszeitverkürzung vor einer Neufestsetzung des durch seine Kündigung am 30. November ablaufenden Lohn- und Tarifvertrags abzuwarten bereit sei.

Wir sind der Ansicht, daß eine solche sture Haltung des Deutschen Buchdrucker-Vereins weder mit der tatsächlichen Lage des deutschen Buchdruckgewerbes noch mit dem Ansehen einer Unternehmerorganisation, die in früherer Zeit auf der Bahn des kollektiven Arbeitsvertrags immerhin etwas mehr Einfluß als viele andere Unternehmerorganisationen beundet hat, am allerwenigsten in heutiger Zeit in vorbildlicher Einstellung zu bringen ist. Denn aus dem jetzigen Verhalten der Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist leider zu entnehmen, daß sie trotz mehrfacher Lippenbekenntnisse einzelner ihrer Redner während der Verhandlungen der Tarifkommission am 16. November hinsichtlich einer sogenannten Schiedsalsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern im deutschen Buchdruckgewerbe nur darauf abzielen, die Notlage der deutschen Wirtschaft und der Arbeiterschaft noch zu einem besonderen Vorteil auszunutzen. Und zwar durch die Absicht, noch kurz vor der wahrscheinlich unvermeidlichen Einkommensverminderung des größten Teils der Arbeiterschaft des Gewerbes durch die kommende Arbeitszeitverkürzung, noch eine weitere, nicht zu knappe Lohnsenkung zu ernten. Daß auf einem solchen, für die Lebenshaltung der deutschen Buchdruckerarbeiter geradezu unverantwortlichen Abwege unsere Vertreter keinen Schritt mitgehen konnten, fand leider bei den Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins nicht das geringste logische Verständnis, leuchtete aber wenigstens den unparteiischen Vorsitzenden des Zentralschlichtungsamtes insoweit ein, daß eine solche Spekulation und bodenlose Verhandlungsbasis keine Möglichkeit für eine objektive Lösung der Lohnfrage bilden könnte. Sie erkannten infolgedessen die von unseren Vertretern besonders betonte Notwendigkeit einer zweifelsfreien Klärung der Arbeitszeitfrage im Zusammenhang mit ihren sehr wesentlichen Belastungen für die Arbeiterschaft nach der einschlägigen Not-

verordnung (vgl. Nr. 83 des „Korr.“ vom 17. Oktober dieses Jahres) vor jeder weiteren Beratung und Entscheidung der Schlichterkammer in der Lohnfrage als berechtigt an. Dieser Erkenntnis mußten sich dann wohl oder übel auch die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins im Zentralschlichtungsamt beugen und sich mit einer Vertagung der weiteren Beratung der vorliegenden Anträge der Tarifparteien bis zum 28. November abfinden.

Ist nun auch bei diesem Stand der Dinge die Gefahr einer weiteren Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe keinesfalls als überwunden zu beurteilen, vielmehr mit der Möglichkeit einer abermaligen Lohnminderung durch Auszahlung jeglichen Lohnausgleichs im Fall einer zu erwartenden Arbeitszeitverkürzung auf dem Verordnungsweg ernstlich zu rechnen, so dürfte doch durch diese bedingte Vertagung der endgültigen Entscheidung die weit größere Gefahr einer noch ungerechteren Belastung durch eine doppelte Lohnsenkung, d. h. eines Abbaues des bisherigen Tariflohnes neben einer Einkommensverminderung durch Arbeitszeitverkürzung zugunsten einer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorerst in den Hintergrund gerückt sein. Denn obwohl sich der Deutsche Buchdrucker-Verein durch seine geradezu provokatorische Forderung einer Lohnsenkung um 16,4 Proz. in schroffem Gegensatz zu dem Antrag der Arbeiterschaft auf einfache Verlängerung des bestehenden Lohn- und Tarifvertrags stellt, und sich dadurch den Rückweg zu einer vernünftigen Verständigung mit unseren Vertretern auch organisatorisch in geradezu unverantwortlicher Weise verbaut hat, ist doch nicht ernstlich anzunehmen, daß sich in einer Zeit, wo sich die Reichsregierung allem Anschein nach ernstlich bemüht, die nicht zuletzt durch die Planlosigkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems herbeigeführte Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und Zerküftung des deutschen Volkes nach Möglichkeit abzumildern und in erträglichere Bahnen für alle Schichten des Volkes zu lenken, eine ihrer maßgebenden und verantwortlichen Instanzen finden könnte, die dem Unternehmertum im deutschen Buchdruckgewerbe auf seiner volks- und arbeiterfeindlichen abschüssigen Bahn Hilfsdienste leisten könnte. Soweit es an den deutschen Buchdruckerarbeitern liegen kann, der Reichsregierung auf dem Weg zu innerer Gesundung der deutschen Wirtschaft nicht hinderlich zu sein und nur im Interesse einer wirksamen Bekämpfung des ungeheuren Arbeitslosenelends weitere kaum noch tragbare Opfer zu bringen, werden sich die deutschen Buchdrucker dieser Pflicht in gewerkschaftlicher Solidarität gewiß nicht entziehen. Aber dieses ideale Pflichtgefühl darf nicht in dem Sinne mißbraucht werden, wie dies durch die jetzigen unerhörten Lohnabbauspekulationen des Deutschen Buchdrucker-Vereins in absichtlicher Mißachtung der gegenwärtigen Beratungen der Reichsregierung mit dem Wirtschaftsbeirat und der Kulturaufgaben des deutschen Buchdruckgewerbes im Rahmen des Volksganges zum Ausbruch gekommen ist.

Nach dieser allgemeinen und grundsätzlichen Kennzeichnung der Lage im gegenwärtigen Lohnstreit des deutschen Buchdruckgewerbes müssen wir der weiteren Entwicklung der Dinge bis zum 28. November, an dem das Zentralschlichtungsamt zur weiteren Beratung und voraussichtlich endgültigen Entscheidung wieder in kleinerem Kreis zusammentreten wird, ihren Lauf lassen. Der weitere Gang ist zunächst rein tarifrechtlich bedingt und nur insoweit von sogenannten Imponderabilien abhängig, als solche sich aus der Struktur

oder dem Zusammenhang besonderer wirtschafts- und staatspolitischer Kräfte ergeben, die sich vorerst der öffentlichen Einflusnahme oder Erörterung entziehen. Es dürfte daher zunächst auch keinen besonderen Wert haben, wenn wir auf die Plenarverhandlungen vor dem Zentralschlichtungsamt am 17. November noch im einzelnen eingehen würden. Die auf Prinzipalsseite von vier Rednern gegebene Begründung ihrer Forderung bewegte sich zum größten Teil in formell sachlichen Bahnen, hob sich jedoch von den allgemein bekannten und durchaus verheißenen Argumenten privatkapitalistischer Wirtschaftsführung kaum ab. In dieser Richtung zeigte sich im weiteren Verlauf der Debatte sogar eine gewisse Scheu vor eingehender Erörterung der sogenannten Schuldfrage an den heutigen zerrütteten Wirtschaftsverhältnissen. Und soweit sich die Darlegungen der Prinzipalsvertreter auf eine Schilderung der gewerblichen Lage erstreckten, war wenig neues zu verzeichnen. Eine Unmasse statistischer Feststellungen, Kombinationen und Schlussfolgerungen mußte in Kauf genommen werden, fand aber auch verdiente Nichtbeachtung und Zurückweisung. Kein einziges Beweismittel war jedoch ausreichend, um unsere Vertreter davon zu überzeugen, daß der vom Deutschen Buchdrucker-Verein geforderte Lohnabbau einer sicheren Gesundung des Gewerbes die Wege öffnen würde. Dies kam in allen Ausführungen unserer Vertreter in deutscher und einwandfreier Weise zum Ausdruck. Zug um Zug stellten sie in teils drastischer Deutlichkeit die furchtbare wirtschaftliche Lage unserer arbeitslosen und kurzarbeitenden Kollegen sowie deren Familiennot den Klagefedern der Prinzipale gegenüber. Die Lohnentwertung der letzten Jahre im Vergleich zu den tatsächlichen Lebenshaltungskosten, die nach den jeweiligen Reichsindizes für den Prinzipalsseite in den grellsten Farben beleuchtet wurde, fand vielfältige wahrheitsgemäße Nichtbeachtung, wie auch die von den Prinzipalsrednern beliebte Feranziehung der niedrigsten Löhne in anderen Industrie- und Gewerbegruppen in eindeutiger Weise einer zeit- und sachgemäßen Kennzeichnung unterworfen wurde. Die Wirtschaftsführung vieler Prinzipale inner- und außerhalb der Betriebe, die unverantwortliche gegenseitige Schmutzkonkurrenz im ganzen Gewerbe, die nicht nur von den Inhabern der kleinsten Betriebe, sondern mit viel größerem Schaden für alle auch von Großbetrieben im Buchdruck wie im Zeitungsgewerbe betrieben wird, bot überreichliche Gelegenheit, vielen Argumenten der Prinzipale im Hinblick auf die gewerbliche Lage in sachlicher Weise entgegenzutreten. Die fast ausschließlich auf „abweichliche“ Fragestellungen und Anweisungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins aufgebauten statistischen Beweise beschäftigten so nebenbei auch, daß Betriebsunkosten, Umsatzgebühren und Erhöhung des Lohnanteils ohne Berücksichtigung der in den letzten Jahren vor sich gegangenen Betriebsvermehrung und außerordentlicher Erweiterung der Betriebsanlagen erachtet waren. Sie konnten ebenfalls eingehend unter die Lupe genommen und auf ihren tatsächlichen Wert zurückgeführt werden. Die auch dem Buchdruckgewerbe nicht ersparten ungünstigen Rückwirkungen aus der allgemeinen Wirtschaftszerrüttung wurden bei dieser Durchleuchtung der Prinzipalsargumente jedoch keineswegs übersehen; aber auch festgestellt, daß der größte Teil aller Betriebsrisiken bisher auf die Arbeiterschaft durch Entlassungen und Kurzarbeit abgewälzt und insbesondere die Unterstufung der durch solche Entlastungen der Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausgeflossenen menschlichen Arbeitskräfte in der Hauptsache nur den

in den Betrieben stehenden Arbeitern und ihren Gewerkschaften aufgeschafft wurden. Wobei sich leider nicht nur einzelne Unternehmer die größten Sorgen darüber zu machen scheinen, wie sie am besten und schnellsten insbesondere die älteren Arbeiter, die ihren Betrieben ihr ganzes Leben treu gebient und nicht wenig zum Aufstieg der Betriebe beigetragen haben, los werden und für ihren Lebensabend der öffentlichen und gewerkschaftlichen Unterstützung zugesprochen werden könnten. Weil das zum Teil aus gesetzlichen Gründen nicht so ohne weiteres geht, wird der größte Teil der heranwachsenden Generation mit diesen Betriebsrisiken durch Ausschaltung aus ihrem kaum erlernten Beruf belastet und seelisch vergiftet; damit gleichzeitig werden aber alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die

Verhältniszahl der Lehrlinge zu steigern, wie dies erst in den letzten Tagen durch den Deutschen Buchdrucker-Verein mit formatrechthlicher Abwägung des § 23a durchgeführt worden ist!

Bei dieser zusammenfassenden knappen Beleuchtung des Kampfes unserer Vertreter gegenüber den unerhörten Zumutungen, der Unternehmer im Buchdruckgewerbe auf dem Lohngebiet wollen wir es zunächst bewenden lassen und ein späteres Eingehen auf Einzelheiten von etwaigen Anstimmigkeiten in der „Zeitschrift“ abhängig machen. Denn wir sind trotz des negativen Ausgangs der zweitägigen Verhandlungen in der Tarifkommission und vor dem Zentrallichtungsamt immer noch der Meinung, daß in einer reiflichen und vernünftigen Berücksichtigung unsres Antzags auf Ver-

längerung des bestehenden Lohntarifs die beste Gewähr für eine ruhigere und ausichtsreichere Entwicklung des Gewerbes für die Zukunft gegeben ist. Wir würden in einer solchen Lösung der Streitfrage nicht nur eine tragfähige Überbrückung der gefährlichsten Gegensätze für beide Tarifparteien, sondern auch die zwingende Voraussetzung für eine auch von uns als notwendig anerkannte Geländung der Konkurrenz- und Preisverhältnisse für den Buchdruck wie für das Zeitungs-gewerbe heranreifen sehen. Es wäre der Anfang eines Umstüßens für eine bessere Zukunft aus eigenem Recht. Möge in diesem Sinne der 28. November d. J. zu einem Tag sozialer Einsicht und Pflicht auf Unternehmenseite werden, der die leider schon viel zu große Kluft zwischen den Tarifparteien zum Schaben des ganzen Gewerbes nicht noch verbreitert und vertieft!

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Kaum sind drei Monate der Wirksamkeit des neuen, auf fünf Jahre abgeschlossenen Manteltarifs für das graphische Gewerbe verstrichen, und schon glauben die Unternehmer ihre Zeit für gekommen, ihre langgehegten verborgenen Wünsche mit Hintergedanken zur Durchführung zu bringen. Der Unternehmerverband verlangte nämlich unter dem vorgezeichneten Hinweis auf die Krise von der Vertung des Graphischen Kartells den Abschluß einer Vereinbarung wegen des Abbaus der überzähligen Löhne und der Einführung der Kurzarbeit mit selbstverständlich entsprechend geringeren Löhnen, welchen Maßnahmen die Arbeiterschaft auch „im eigenen Interesse“ Rechnung tragen sollte. Da diese Unternehmerwünsche einer Tarifänderung gleichkommen, verweisen die Kartellvertreter in einer gemeinsamen Besprechung mit den Unternehmern diese darauf, daß der Tarifvertrag nicht nur für Konjunkturzeiten, sondern auch in einer Krisenperiode zu gelten habe. Von einer Neueinstellung Arbeitsloser in die Betriebe bei allfälliger Einführung von Kurzarbeit war aber keine Rede, im Gegenteil, die Unternehmer erklärten, kein Versprechen abgeben zu können, daß nicht auch noch bei Kurzarbeit weitere Entlassungen erfolgen. Dabei wollen die Unternehmer aber von einer doch gerade jetzt gebotenen Lehrlingsperre nichts wissen, vielmehr versenden das Wiener Gremium der Buchdrucker an die bezügl. Firmen Aufforderungen, ihre zulässigen Stand an Lehrlingen unter allen Umständen aufzufüllen, was auch prompt befolgt wird. So also sollten die Auswirkungen der Krise und der neuesten Unternehmerwünsche auch weiterhin auf Kosten der Arbeiter, der Beschäftigten sowohl wie der Arbeitslosen sowie ihrer Organisationsstellen gehen. Zu der größten Zahl Arbeitsloser bei Tarifabschluß Mitte Juli stiegen in den folgenden drei Monaten allein bei den Buchdruckern weitere 600 Gehilfen und 270 Hilfsarbeiter. Die in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres für Unterstützungen verausgabte Summe beträgt etwa 1.050.000 Schilling, wozu noch ungefähr 150.000 Schilling an Krisenunterstützung kommen. Schon heute steht fest, daß die Finanzgebargung des Reichsvereins der Buchdrucker für dieses Jahr mit einem recht namhaften Defizit abschließen wird und dann neuerliche Reformen im Beitrags- und Unterstützungsweisen wohl unausbleiblich sein werden. Diese Notzeit erachteten die Unternehmer für gelegen, um ihrem unausgesprochenen und neuen Ziel, der weiteren Verelendung der Arbeiter und der endlichen Deminierung ihrer Organisation, näherzukommen. Bei ihrem Anstreben nach Einführung der Kurzarbeit verlangten die Unternehmer von den Kartellvertretern eine unbefristete Befragung der Personale, indem sie verneinten, daß ohne eine solche die Organisationsvertreter und die bis zu einem gewissen Grade durch das Betriebsrätegesetz vor der Entlassung geschützten Vertreter der Personale, die Betriebsräte, von vornherein und aus Eigenmuth sich gegen die Einführung der Kurzarbeit einstellen würden. Also wurde die so gewünschte Befragung der Personale durchgeführt, und es stellte sich zum gewiß maßlosen Erkennen der Unternehmer heraus, daß auf der ganzen Linie, von allem noch Beschäftigten, von den schon Einkündigten und den Arbeitslosen in Wien und in den Bundesländern, die wahre Absicht der Unternehmer klar durchschaubar und die Einführung der Kurzarbeit und der Lohnraub einmütig und entschieden abgelehnt wurde. Eine in Wien abgehaltene Versammlung der arbeitssamen Kollegen sprach in einer einmütigen angenommenen Entschließung die Hoffnung aus, daß sich die noch Beschäftigten von den Unternehmern nicht zum Verrat werden mißbrauchen lassen. Allenfalls stand man bei der Diskutierung der Unternehmerwünsche auf dem Standpunkt: Weber arbeitslos, als Kurzarbeit und Lohnraub und damit Schmälerung der tariflichen Rechte und Zerrüttung der Organisation.

Schweiz. Nachdem die Eidgenossenschaft ein neues Gesetz über Subventionierung der Arbeitslosenlassen erlassen hat, stellte es sich als notwendig heraus, auch das Reglement für die Arbeitslosenklasse des Typographenbundes diesem neuen Bundesgesetz anzupassen, um der Subvention nicht verlustig zu gehen. Das Zentralkomitee veröffentlicht nun den ihm in Verbindung mit einer fünfgleidrigen Kommission ausgearbeiteten Revisionentwurf für diese Klasse. Der Beitrag beträgt 20 Cts. bis 1 Fr., das Zentralkomitee steht in diesem Rahmen den Wochenbeitrag fest. Die Konditionslohnunterstützung ist durchweg um 1 Fr. pro Tag erhöht worden

und beträgt für vollbezugsberechtigte Mitglieder 8 Fr., für Hilfsarbeiter 5,50 Fr. Die Unterstützungsdauer beträgt im Maximum 90 Tage in einem Kalenderjahr. Für die ersten drei Tage wird die Arbeitslosenunterstützung nur ausbezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit mindestens drei Tage dauert und die Anmeldung beim Arbeitsnachweis spätestens drei Tage vor Beginn der Arbeitslosigkeit erfolgt. Mitglieder, die eine tarifmäßige Kondition ohne triftigen Grund ablehnen, verlieren das Anrecht auf die Unterstützung. Die Kraftminderung über das neue Reglement ist auf den 26. November angelegt. — In der Schweiz des schweizerischen Kommunismus, in Basel, haben die Moskauer Arbeiter sich wieder einmal bemerkbar gemacht. Die Typographia Basel hatte in stark belustigter Mitgliederversammlung die Kandidaten für die Gewerbegeheimwahlen aufgestellt. Als dann das Amtsblatt des kommunistischen Gewerkschaftskartells erschien, stellte sich heraus, daß unter den Wahlvorschlagen für die gleiche Gruppe VII zwei Typographiamitglieder und ein schon früher wegen seiner gewerkschaftsfeindlichen Anträge ausgeschlossener Kollege figurieren. Nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Gewerbetätigenwahlen müssen die Wahlvorschlagen von fünf Angehörigen der betreffenden Organisationsstellen empfohlen werden. Durch Zufall wurden auch die Namen dieser fünf Senkrechten bekannt. Jedenfalls gegen ihren Wunsch. Es gab da keinen Zweifel, die Sabotage richtete sich gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Typographia. Der Vorstand der letzteren richtete an die sechs in Frage kommenden Mitglieder ein Schreiben, daß sie ihre Kandidatur bzw. ihre Unterschrift zu den Wahlvorschlagen innerhalb bestimmter Frist zurückzuziehen haben, andernfalls sie die Konsequenzen aus dieser Handlung zu tragen hätten. Drei davon haben die verlangte Erklärung abgegeben und dadurch bewiesen, daß ihnen die Mitgliedschaft im Typographenbund doch höher steht als die Günst der Moskauer Drahtzieher. Die drei anderen wurden vom Zentralkomitee auf Grund der Zentralfatuten ausgeschlossen. Die Delegiertenversammlungen des schweizerischen Typographenbundes haben schon wiederholt ihren Willen klar und deutlich bekundet, daß jeder Kollege einer Partei angehören kann, die ihm beliebt, daß aber ein verbandsfremdes Treiben unter keinen Umständen geduldet werden darf. Es heißt auch hier: wehret den Anfängen. Man kennt ja die von Moskau diktierte neue „Generallinie“: Schaffung neuer Verbände und neuer Gewerkschaftszentren, das heißt offene, planmäßige, organisierte Gewerkschaftspaltung. — Der schweizerische Korrektorenverband hat auf seiner Vorjährigen Konferenz einer gewissen Vereinfachung der heutigen Schreibweise beigeprägt, im übrigen aber weitergehende Bestrebungen auf vollständige Kleinreibung entschieden abgelehnt. Auch über die Frage der Zusammenfassung des Bildungswebers der Sparten fand eine rege Aussprache statt. Die Meinungen gingen noch ziemlich auseinander. Doch war immerhin die mehrheitliche Stimmung für den Zusammenschluß.

Norwegen. Auf die Kündigung der Personale in den Zeitungsbetrieben, die in den Arbeitgeberverband eingetreten sind, fand abermals eine Besprechung zwischen den Parteien statt. Die Vertreter der Arbeiter vertraten den Standpunkt, daß es nicht zulässig sei, den mit dem Arbeitgeberverband Anfang September abgeschlossenen Tarif auch für die Betriebe geltend zu machen, die erst später dem Arbeitgeberverband beigetreten sind. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes hielt jedoch am gegenteiligen Standpunkt fest. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, hat man die Entscheidung der Streitfrage an das Arbeitsgericht verwiesen. Bekanntlich arbeiten die Mühlen der Gerechtigkeit sehr langsam, und da gerade die Zeitungen im Wahlkampf stehen, und die Arbeiter nichts dagegen haben, die bisherigen höheren Löhne noch weiter zu beziehen, so liegt es im beiderseitigen Interesse, wenn der Spruch nicht vor Weihnachten fällt. — Die verbesserte Arbeitsgelegenheit hält infolge des verspäteten Weihnachtsgelbes (Verlagsarbeit) noch an. Hier konzentriert sich nämlich die

Ausgabe von Neuererscheinungen viel mehr, als z. B. in Deutschland, auf die Weihnachtszeit. Dazu kommen ungefähr ein Duzend umfangreiche und technisch hervorragende „Zul“-Fests, außer einer Besichtigung von größeren oder kleineren Weihnachtsnummern von Vereinen, Zeitschriften usw.

Holland. Ein großes und in dieser schweren Zeit hoffnungsvolles Ereignis ist die Eröffnung des neuen Betriebes der „Arbeiterpresse“ in Amsterdam; ein stolzer Bau in der Nähe des Zentralgefängnisses. Der Betrieb, mit den modernsten Einrichtungen auf dem Gebiete des Zeitungsweßens, des Abdruckens und des Buchhandels, ist die Frucht der innigen Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen Partei und den freien Gewerkschaften, eine Zusammenarbeit, die eine größere Verbreitung der sozialistischen Presse im Lande bezweckt. Mit Anleihen von Seiten der Gewerkschaften wurde der Umzug in einen Neubau möglich gemacht. Mit dem Bau wurde im Dezember 1929 angefangen, und vorige Woche kam die erste Nummer der Tageszeitung „Het Volk“ in neuem Gewand und größerem Format aus der nagelneuen 98seitigen M.M. Rotationsmaschine. Der Betrieb arbeitet mit 22 Linotypenmaschinen. „Het Volk“ erscheint morgens und abends und wird in sieben Ausgaben über das Land vertheilt. — Die Arbeitslosigkeit ist auch im holländischen Buchdruckgewerbe im Zunehmen begriffen. Die Redaktion des Verbandsorgans „Grasijk Weekblad“ besprach in der letzten Nummer die Frage der Arbeitszeitverkürzung, besonders die Forderung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Dazu wäre eine Änderung des Tarifs notwendig, die aber die Gefahr in sich birgt, daß die Prinzipale dann die Gelegenheit benutzen werden, verschiedene andre wichtige Veränderungen in den Tarif hineinzu bringen, die die Interessen der Kollegen schädigen würden. „Aber davon abgesehen“, so hieß es weiter, „ist nicht daran zu denken, daß die Prinzipale, von denen viele die irdige Ansicht vertreten, eine Lohnherabsetzung könne zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beitragen, dazu zu bewegen wären, den Stundenlohn zu erhöhen, indem sie für weniger Arbeitsstunden den gleichen Wochenlohn zahlen. Wiewohl es wäre mit ihnen zu verhandeln über einen nach Verhältnis niedrigerem Lohn für eine verkürzte Arbeitswoche. Aber wir würden nicht gern raten, damit anzufangen. Die Sache liegt jetzt so, daß die Einschränkung der Arbeitswoche in einer Druckerei, mit Verlust des Lohnes für die ausgefallenen Arbeitsstunden, nur möglich ist, wenn 80 Proz. der dort arbeitenden Gehilfen über 18 Jahre, zur Vermehrung der Entlassung ihrer Arbeitskollegen, hiermit einverstanden sind. Diese Tarifbestimmung hat bereits dazu geführt, daß in verschiedenen Druckereien, zumal in Buchbindereien, kürzer als die normale Arbeitswoche, wohl auch weniger als 40 Stunden gearbeitet wird... Fast ohne Ausnahme sind die Gehilfen geneigt, dieses Opfer zu bringen, weil sie das Resultat — das In-Beschäftigung bleiben der Kollegen, die sonst entlassen werden müßten — direkt sehen, und weil die Kurzarbeit einen zeitlichen Charakter trägt. Ein allgemeiner Beschluß zur Einführung der kürzeren Arbeitswoche im ganzen Land würde die Last der Krise etwas mehr verteilen, aber doch auch noch stärker auf die Arbeiter drücken. Deshalb erscheint uns diese Maßnahme, auch theoretisch betrachtet, nicht erwünscht. Eine Verkürzung der Arbeitswoche muß, die zunehmende Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt ins Auge fassen, gewiß kommen. Aber in dem Maße wie es notwendig ist, um die Folgen der Mechanisierung und Rationalisierung zu neutralisieren, wird sie nur gelegentlich und international durchgeführt werden können. Und dazu ist vor allem nötig, daß die Beziehungen zwischen den Nationen noch viel besser werden, als dies in bezug auf Konkurrenz und Bevorzugung der eignen Industrie der Fall ist.“ — Allmählich mehren sich in den Kreisen der Prinzipale die Stimmen für eine Herabsetzung des Lohnes innerhalb der laufenden Tarifperiode. Die Herren klagen sich dabei auf eine Bestimmung im Tarifübereinkommen, nach dem die Löhne abgemindert werden können, wenn die Preise der Lebensmittel mit 5 Proz. gestiegen oder gesunken sind. Die Indizes sind tatsächlich gesunken, und gleich muß nun das höchste „Aberhaupt“ den Arbeitern wieder genommener werden! Es liegt auf der Hand, daß der Buchdruckerverband mit aller Kraft versuchen wird, die Absichten der Prinzipale zu vereiteln. Zu verneinen ist aber nicht, daß die Lage der holländischen Kollegen kritisch ist. — Aus dem ersten Jahresbericht der Penionskasse für das Buchdruckergewerbe geht hervor, daß am 4. November 1929, dem Gründungsdatum der Kasse, 10.863 Personen der

Der Angriff
auf Deine idealen Bestrebungen muß Dich gerüstet finden, Kollege.
Wirb für die Büchergilde Gutenberg.

Kasse angehört; bis zum 31. Dezember 1930 war die Zahl 11 249. Am Ende des Berichtsjahres bezogen 17 Versicherte Alterspensionen. Wie schon mehrmals berichtet, ist die Angehörigkeit zur Kasse für alle in den Tarifverbänden organisierten Prinzipale und Gehilfen verpflichtend. Prinzipal und Gehilfen zahlen je die Hälfte des wöchentlichen Kassebeitrags von 1,60 Gulden. Ein Anrecht auf das Pensionsgeld von wöchentlich 9 Gulden entfällt, wenn der Versicherte 65 Jahre alt geworden ist und nicht mehr im Betrieb arbeitet.

Luzern. Sparmaßnahmen der Regierung im Drucksaftverbrauch haben im Luzernerischen Buchdruckgewerbe eine Lage geschaffen, die alles andre denn rosig ist. Die Arbeitslosigkeit, die man in unserm Berufe in den letzten Jahren nur noch vom Hörensagen kannte, hat heute bereits etwa 8 Proz. der Gehilfenschaft erfaßt, und es ist zu befürchten, daß damit der Höchststand noch nicht erreicht sein wird. Es ist unaussprechlich, daß bei längerem Anbauern der Krise in der Eisenindustrie, die eine namhafte Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte mit sich bringt, diese ihre Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben haben und dadurch einen Wiederbedarf an Drucksachen für die Geschäftswelt zur Folge haben wird. Glücklicherweise ist das Zeitungsgeschäft noch einigermaßen von der Krise unberührt geblieben, abgesehen von einem gewissen Rückgang des Inseratenteils. Solange dieser Teil des Druckgewerbes lebensfähig und gewinnbringend sein wird, wird die Krise hierzulande nicht die katastrophale Waise annehmen, wie sie leider in andern Ländern zu beklagen sind. Trotzdem kann heute die Lage nicht mehr als normal bezeichnet werden. Für den Gehilfenverband erwächst daraus die Pflicht, auf Abwehrmaßnahmen bedacht zu sein, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet dazustehen. Als erste dieser Maßnahmen ist ein Antrag des Vorstandes zu erwägen, der eine durchschnittliche 50- bis 60prozentige Erhöhung der Wocheneinträge vorseht durch Einführung eines gestaffelten Extragelbes. Der bisherige Beitrag belief sich auf 10 Fr. Dieser Antrag des Vorstandes begegnete in den Wochen vor der Generalversammlung, die über dessen Schicksal zu entscheiden hatte, einer ziemlich heftigen Opposition. Und zwar einestells wegen des Prinzips der Beitragsstaffelung trotz gleicher Unterhaltungsstufe, andererseits wegen des an sich hohen Prozentsatzes der Beitragssteigerung. Die eingehende und klare Begründung des Vorstands seitens des Vorsitzenden in der Versammlung änderte die Anschauungsweise großer Teile der Kollegenschaft in dem Maße, daß die stark besuchte Versammlung den Vorstoß des Vorstandes mit Zweidrittelmehrheit annahm. Maßgebend für diesen Entschluß war vor allem die Erwägung, daß es nicht nur gebieterische Pflicht des Verbandes ist, den arbeitslosen Kollegen wirksam unter die Arme zu greifen, sondern daß es auch klug ist, dafür zu sorgen, um in den kommenden schweren Zeiten über genügende finanzielle Reserven zu verfügen, um etwaigen Verschleppertendenz in bezug auf Lohn von vornherein die Spitze bieten zu können. In einer Eingabe an den Prinzipalsverband hatte die Gehilfenschaft die Bitte ausgedrückt, in Berücksichtigung der schlechten Zukunftsmöglichkeiten möge man davon absehen, in diesem Jahre dem Verne neuen Nachwuchs zuzuführen. Dieser Vorstoß begegnete aber einem ablehnenden Bescheid. Die überaus reiche Kartoffelernte hat ein Sinken der Indexziffer zur Folge gehabt. Sie fiel am 1. November von 782 auf 752. Für die Gehilfen bedeutet dies eine Lohnverminderung von 5 Fr. pro Woche.

Frankreich. Die Weltwirtschaftskrise hat nun auch Frankreich ergriffen. Zu Tausenden werden in den großen Betrieben die Arbeiter entlassen oder die Fabriken geschlossen. Ebenso groß, wenn nicht noch größer, ist die Zahl der Kurzarbeiter. Während die offizielle Landesstatistik immer noch Wohlstand vortäuscht, indem sie für



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Joseph Mager in München
Eingetretten: 28. Mai 1881
Jetzt Juvalde



W. Widenmann in München
Eingetretten: 6. November 1881
Jetzt Juvalde



Karl Krüger in Berlin
Eingetretten: 13. November 1881
Rudolf-Hofse in Berlin



Eufav Raubach in Berlin
Eingetretten: 21. November 1881
Jetzt Juvalde



ganzt Frankreich von nur etwa 40 000 bis 50 000 Arbeitslosen berichtet, beläuft sich deren Zahl nach sehr vorsichtigen Schätzungen bereits auf etwa 700 000, die der Kurzarbeiter aber auf über eine Million. Auch in Elsaß-Lothringen ist das Buchdruckgewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Langsam zwar, aber desto sicherer und anhaltender steigt die Kurve des Arbeitslosenstandes. Am 25. Oktober verzeichnete man in: Straßburg 54, Kolmar 6, Metz 7, Mühlhausen 15, insgesamt 82 Arbeitslose, d. h. 6 Proz. der Mitgliederzahl. Die Lage ist nicht beunruhigend, aber doch ernst genug, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß man sich in derjenigen Periode des Jahres befindet, in der sonst der Hochbetrieb einsetzt. Und schon sind vereinzelt noch neue Entlassungen angekündigt. In einer sehr gut besuchten Vertrauensmännerversammlung hat der Vorstand der Sektion Straßburg, die allein fast zwei Drittel des Mitgliederstandes der Regionalgruppe umfaßt, eine Erhebung über die momentane gewerbliche und tarifliche Lage veranstaltet. Während allgemein die tarif-

liche Lage als verhältnismäßig gut bezeichnet wird, kann von der gewerblichen Lage nicht dasselbe gesagt werden. Nur eine Großdruckerei konnte von voller Beschäftigung des noch vorhandenen Personals berichten, in allen andern Betrieben dagegen ist die Lage, im ganzen genommen, nicht so, wie man sie in dieser Jahreszeit eigentlich erwarten dürfte. So stellt sich gegenwärtig die Arbeitsmarktlage im Bereich der Sektion Straßburg dar; in den Sektionen Kolmar, Mühlhausen, Metz ist sie nicht besser. Sie zwingt die Vorstände, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um im Interesse der arbeitslosen Kollegen und ebenso im Interesse der Kassen, die in den letzten Monaten auch durch die Kranken- und Invaliden-Unterstützung stark in Anspruch genommen worden sind, eine Verminderung der Arbeitslosenzahl zu erreichen. Man muß darauf bedacht sein, daß 1. die tarifliche Lehrjahrszahl in keinem Geschäft überschritten wird, denn die Arbeitslosen rekrutieren sich zu 60 Proz. aus ganz jungen Kollegen, die erst kurze Zeit ihre Lehrzeit beendet haben; 2. die tarifliche Beförderung der Druckmaschinen jederzeit gewährleistet ist; 3. denjenigen Kollegen, die nach ihrer achtstündigen Arbeitszeit in einem Geschäft Luft verpirren, in einem andern noch einige Stunden zu schüttern, das Handwerk gelegt wird (solche Fülle wiederholen sich trotz großer Wachsamkeit der Vorstände immer wieder); 4. regelmäßige oder länger andauernde Überstunden unter allen Umständen verhindert werden, wenn Platz zum Einstellen von Arbeitslosen vorhanden ist; 5. selbst eines Prinzipals an die Kollegen gestellte Zumutungen, die mit dem Tarif nicht in Einklang stehen, und die gerade in Krisenzeiten gern versucht werden, nun erst recht zurückgewiesen werden; 6. besonders ledige Arbeitslose Arbeit nach auswärts in kleine Druckorte, auch in Innerfrankreich, annehmen, sofern ihnen solche nachgewiesen wird; 7. kein Kollege durch Gründe, die weder mit der Einhaltung des Tarifs noch mit der Haltung eines aufrechten, pflichtbewußten Arbeiters etwas zu tun haben, selbst Veranlassung zu seiner Entlassung gibt; und 8. müssen sie jederzeit und überall, wo sie dazu in der Lage sind, dafür besorgt sein, daß die öffentlichen Verwaltungen nicht mit den Steuergrößen der Bewohner des Landes ihren Drucksaftbedarf außerhalb decken. — Einen unerwartet bösen Sturz hat die Indexziffer in Straßburg zu verzeichnen, und zwar um 22 Punkte. Es bedeutet dies für die Buchdruckereiarbeiter einen Lohnausfall pro Woche von 12,90 Fr. in der ersten Kategorie. Der Rückgang der Indexziffer soll auf eine Masseneinfuhr von Vieh zurückzuführen sein, die eine Baflse der Fleischpreise zur Folge hatte. — Das Ministerium des technischen Unterrichts hat der Chambre Syndicale Typographique Parisienne die Summe von 44 000 Fr. für den Unterhalt von Fortbildungskursen überwiesen. — Der Zentralvorstand des französischen Bucharbeiterverbandes hieß ohne Vorbehalte das Vorhaben einer bedeutenden Abzweigabteilung gut, die beschloffen hatte, augenblicklich nicht mehr als fünf Tage pro Woche zu arbeiten, um Entlassungen zu verhindern. Die Anstrengungen des Vorstandes zielen dahin, diese Methode überall dort, wo es möglich ist, zu verallgemeinern. In einem andern Fall haben die Arbeiter einer großen Abzweigabteilung eine von fast allen unterschriebene Petition an das Sektionskomitee gerichtet, in der sie mitteilen, daß trotz der durch den gegenwärtigen Arbeitsmangel verursachten Entlassung mehrerer Kollegen verschiedene andre Kollegen fortfahren, täglich zwei Schichten zu arbeiten. Der Vorstand wird diese Handlungsweise streng ablehnen. — Die 15. Regionalgruppe, die aus den Sektionen Brest, Dinan, Fougeres, Morlaix, Quimper, Quimperle, Rennes (Vorortsektion), Saint-Brieuc und Saint-Malo besteht, hielt ihren Regionalkongress ab. In einer Sitzung wurde nach einem Vortrag des Präsidenten über die Zwecke und Ziele der Regionalkongresse die Lage der einzelnen Sektionen

Alltag im Sowjetstaat

Wenn die deutschen Kommunisten recht hätten, wäre Rußland ein Paradies, wo es den Arbeitern erheblich besser geht als in Deutschland und andern kapitalistischen Ländern. Aber das ist durchaus nicht der Fall. Das Sowjetparadies ist ein heruntergewirtschaftetes Hungerland, in dem sich auch deutsche Kommunisten nicht wohlfühlen. Der russische Arbeiter lebt schlechter als der deutsche, daran kann keine kommunistische Schönfärberei etwas ändern. Er hungert und darbt und friert in elenden Wohnungen. Er hat keine politischen und wirtschaftlichen Rechte, er darf seine Meinung nicht offen äußern, er lebt unterdrückt und geknechtet und geht in Lumpen gekleidet. Sein Privatleben, seine Arbeit, sein Sonntag wie sein Alltag werden vom Staate mit Argusaugen überwacht. Nirgendwo fühlt er sich frei. Aber das wäre schließlich noch zu ertragen, wenn er wenigstens seinen Nahrungsbedarf eudecken könnte. Jahrelang auf schmale Rost gelebt zu sein, und dann noch Hungerlang ansetzen nach jedem Stück Brot und jedem Pfund Butter, das zermirbt schließlich die treuesten Stützen der Sowjetmacht unter der Arbeiter-

schaft. Unter der zahlreichen Literatur über die Sowjetunion ragt das Buch von Herbert und Elisabeth Weidmann „Alltag im Sowjetstaat“ wegen der objektiven Berichterstattung besonders hervor. Es ist keine kommunistische Färbung, aber auch keine ablehnende Schwarzmalerei, sondern Erlebnisschilderung einer Reise in der Sowjetunion. Wir schreiten mit den Verfassern durch Lokale und Speisehäuser, durch Wohnungen und Fabriken, wir bilden mit ihnen in das Familienleben der Arbeiter und in die neue Kindererziehung. Aber so sehr man sich auch bemüht, etwas zu

finden, das man uneingeschränkt loben kann, alles wird überschattet von einem das Leben beherrschenden Elend, das keine Freude aufkommen läßt. Nein, das ist kein Paradies, sondern ein Elendsland.

Durch die Straßen der großen Städte schleichen gedrückt Männer und Frauen jeden Alters in dürftiger Kleidung und mit verzweifeltsten Gesichtern. Die Geschäfte sind geschlossen, die Schaufenster zertrümmert, es ist keine Ware da. Aber zwei Drittel der Geschäfte in Moskau und andern Städten hat die Regierung kurzerhand geschlossen. Vor den wenigen offenen Läden, die in staatliche Verkaufsstellen umgewandelt sind, steht die hungrende Masse stundenlang an nach einem Pfund Butter oder Brot. Niemand weiß, ob das Antstehen auch Zweck hat, denn sobald die Ware ausverkauft ist, wird das Geschäft geschlossen und erst wieder mit dem Eintreffen neuer Ware geöffnet. Selbst nach Anzügen, Hüten, ja sogar nach einem Hosenknopf muß man drei bis vier Stunden antstehen. Auf den Wochenmärkten und im Straßenhandel kann man Waren ohne Bezugschein, der die Berechtigung zum Warenbezug in den staatlichen Verkaufsstellen gewährt, erwerben, aber zu unerhörten Preisen. So kostet ein Pfund Butter im freien Handel 10 bis 12 Rubel, gegen 2 Rubel in den Verkaufsstellen. Bei einem Monatslohn von 50 Rubel und weniger kann der Arbeiter sich natürlich diese Butter nicht kaufen.

Man hat Speisehäuser eingerichtet. Auch hier heißt es antstehen. Der Arbeiter, der von der Arbeitsstelle in der Pause das Speisefotal aufsucht, steht an. Inzwischen läßt die Pause ab und er rennt hungrig wieder nach der Arbeitsstelle zurück. Das Essen selbst ist schlecht und mangelhaft zubereitet. Die Tische stinken von Schmutz, und Platz ist nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Ein Familien-

leben in unserm Sinne gibt es nicht, und die Ehe ist nur eine Arbeitskameradschaft, die jederzeit auf einseitigen Wunsch gelöst werden kann. Die Unterhaltspflicht für Kinder besteht in gleicher Weise für Mann und Frau. Durch die Straßen der Städte und durch Dörfer und Felder ziehen Herden von sechs bis vierzehnjährigen Kindern in Lumpen gewickelt, verkrüppelt vor Schmutz, die von Betteln und Stehlen leben. Des Nachts verkriechen sie sich in Häusern oder Bahnhöfen, in Eisenbahnwagen oder leerstehenden Läden und schlafen hier. An den Teerfesteln in den Straßen wärmen sich die verwaisteten Kinder rubelei.

Unbeschreiblich ist das Wohnungselend. An 90 Prozent der Bevölkerung haben keine eigene Wohnung. Es ist keine Seltenheit, daß fünf bis zehn Personen in einem Wohnraum wohnen und schlafen. Möbel sind fast nicht mehr vorhanden, auch die Betten fehlen. Leppiche, Decken und Fenstergardinen sieht man nirgendwo, das sind Luxusgegenstände, auf die man verzichten muß. Abgeschlossene Wohnungen gibt es heute in Rußland nicht mehr, und auf den Haushalt und „ihre Wirtschaft“ muß die russische Frau verzichten.

Das geistige Leben ist eingeeengt und wird streng überwacht. Es gibt nur eine Meinung, und zwar die der gegenwärtigen Machthaber. In den Klubs, im Kino und Theater darf nur die offiziös geduldete Meinung zum Ausdruck kommen. Die Presse ist kommunistisch, andre Zeitungen werden nicht geduldet. Gegenwärtig müssen die Zeitungen die Segnungen des Fünfjahresplanes loben. Sie machen alle den Eindruck von Kriegsberichten, die von Siegen und immer neuen Siegen melden.

In den Betrieben herrscht eine üble Gesinnungsschwüle. Zwei Tafen findet man in jedem Betrieb, und

der Gruppe besprochen, Vergleiche zwischen den aus den Lokalfaktoren resultierenden Arbeitsbedingungen gezogen und gewisse Vereinheitlichungen empfohlen, insbesondere was die Entschädigung für Überstunden und die Zuschläge für Maschinenfänger, Rotationsmaschinenmeister usw. betrifft. Die Arbeitslosigkeit, wovon besonders die Sektoren Saint-Vreux und Saint-Malo betroffen sind, nahm ebenfalls die ganze Aufmerksamkeit des Kongresses in Anspruch. Den Mitgliedern wurde empfohlen, sich der Leistung von Überstunden zu enthalten, um die Unterbringung Arbeitsloser zu ermöglichen. Auch darf die Arbeitslosigkeit keinen Grund bilden, um Lohnverbesserungen gemäß den festgelegten Arbeitskontrakten zu verhindern. Bei Neuverteilung von Arbeitskontrakten sollen der Wochenlohn und die Annahme des Mutterlohnvertrags, wie er im Jahre 1923 festgelegt worden ist, geachtet werden. Die Fragen über die Hygiene in den Druckereien und über die Berufsrisiken nahmen gleichfalls einen großen Teil der Debatten in Anspruch.

Großbritannien. Der große Wahlsieg des nationalen Flots am 27. Oktober in Britannien war eine ungeheure Überraschung für alle Parteien, für die Sieger nicht weniger als für die Besiegten. Die äußerste Erwartung der Sieger war eine Mehrzahl von rund 500 Stimmen; in der Tat bekamen sie eine Mehrzahl von 500 Sitzen in einem Unterhause von 615 Mitgliedern. Die Arbeiterpartei wurde beinahe vernichtet. Alle hervorragenden Persönlichkeiten der Arbeiterpartei Englands, außer Lansbury und Stafford Cripps, gingen unter. Henderson, Clynes, Graham, Morrison, Miss Bondfield, Alexander, Dr. Addison usw. sind nicht mehr Mitglieder des Unterhauses, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Arbeiterpartei Jahre hindurch erfolglos als Opposition bleiben. Aber nicht allein die Parlamentswahlen, sondern auch die Gemeindevahlen sechs Tage später zeigten dieselben Erscheinungen: bedeutende sozialistische Verluste in den großen Städten. In der Tat hat die Arbeiterpartei in London mehr als 200 Sitze verloren. Was war die Ursache dieses gewaltigen Umschwungs in der politischen Stimmung des Landes? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Der Umschwung in der Stimmung der Arbeiterschaft gegenüber der Arbeiterpartei bei den letzten Wahlen war unlegbar. Sie hat vielleicht drei hauptsächlichste Ursachen: die Furcht vor dem Verlust des Erparnis; der Mißerfolg der Arbeiterregierung, die immer mehr steigende Arbeitslosigkeit zu überwinden, und das ungeheure persönliche Prestige MacDonaldis und Snowdens, die Schöpfer der Nationalregierung, bei den breiten Massen. Premierminister MacDonald wird heute als der Mann gefeiert, dem der größte Sieg in der Parlamentsgeschichte Englands zu danken ist. Als Kandidat der Arbeiterpartei konnte er 1929 seinen Sitz in Seaham mit 35 615 Stimmen gegen 6821 konservative und 5286 liberale Stimmen gewinnen. Wie viel der 35 615 Stimmen konnte er jetzt als Haupt der Nationalregierung herüberziehen? In der Tat gelang es ihm, eine Mehrzahl herüberzugewinnen, denn er hat seinen Sitz mit einer Mehrzahl von mehr als 5000 Stimmen behalten. Man bewundert allgemein den Mut, der MacDonald bestimmte, sich nicht in einem sicheren konservativen Distrikt aufstellen zu lassen, sondern von seinen früheren Wählern, fast durchgängig Bergarbeitern, unter ungläubigen Schwierigkeiten eine Reichfertigkeit seiner Politik zu suchen. Seine Gegner sind bereit, zuzugeben, daß sein Sieg in Seaham ein glänzender Triumph für seinen Einfluß auf die Massen ist. Was uns Buchdrucker besonders bei diesen Wahlen interessiert, war das Schicksal der vier Buchdruckerkandidaten, nämlich der Kollegen Bowerman, Kaylor, Isaacs und Roberts. Die ersten drei kandidier-

ten in London und Kollege Roberts, Angestellter des Provinzverbandes, in West-Bromwich; alle vier haben ihre Sitze verloren, und die organisierten Buchdrucker sind zum ersten Male seit Jahren ohne Vertreter im Unterhause. Die Wahlkampagne, obgleich nur von kurzer Dauer, brachte unsern Arbeitslosen vorübergehend erwünschte Arbeitsgelegenheit. Jetzt ist alles vorbei, und die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern hat beinahe die alte Höhe wieder erreicht.

Das Genossenschaftswesen

Eine staatliche Interessenzentrale für Volksgenossenschaftswesen

Die deutschen Konsumgenossenschaften stehen grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Was sie vom Staat erwarten und angeht, so sind sie bei fast allen steuerlichen Ausnahmegeboten fordernd, ist, daß man ihnen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise wenigstens Luft und Lebensraum, das heißt Entwicklungsfreiheit, läßt, sie nicht künstlich hemmt einer antiquierten Wirtschaftspolitik zuliebe, die im Interesse des Privathandels die konsumgenossenschaftlichen Existenzbedingungen verschlechtert und damit das wirtschaftliche Existenzniveau der breiten Verbraucher Massen des deutschen Volkes, von welchen mindestens 95 Proz. ihre Interessen als Konsumenten in den Konsumgenossenschaften wahrgenommen sehen. Darüber hinaus aber ist es nur eine Forderung des gleichen Rechts für alle, wenn die Konsumgenossenschaften verlangen, daß die den andern Genossenschaftsarten in Steuergelegen und staatlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen eingeräumten Vergünstigungen und ihre grundsätzliche Förderung ebenfalls zugestanden wird. Was bislang nicht der Fall ist, obwohl gerade die Mittelstandsguppen, denen solche staatliche Förderung im weitesten Maße zuteil wird, in bewußt unwahrer Weise von einer „Beworzugung“ der Konsumgenossenschaften reden.

Im Gegensatz zu diesem Stand der Dinge in der deutschen Genossenschaftsbewegung ist es von höchstem Interesse, zu sehen, wie in der Tschechoslowakei die Genossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit von der Regierung gefördert wird. Nach ihrer neuesten Vorlage an das Parlament soll eine schon bestehende Interessenzentrale für sechs Verbände der tschechischen und deutschen Wirtschaftsgenossenschaften in eine staatliche „Interessenzentrale für Volksgenossenschaftswesen“ umgewandelt werden, wozu der Staat ein Grundkapital von 25 Millionen Kronen (100 Kronen = 12,50 Mark) bereitstellt. Außerdem soll der Staat bis zum Jahre 1935 jährlich einen Betrag von je weiteren 2 Millionen Kronen zur Verfügung stellen, und es soll ihm nach dem Entwurf die Ermächtigung erteilt werden, für die von der Interessenzentrale gewährten Kredite die Nebenhaftung des Staates bis zum Betrage von 50 Millionen Kronen zu übernehmen. Die Interessenzentrale untersteht der Aufsicht eines Staatskommissars, nicht aber die sechs Verbände, welche der Interessenzentrale angegeschlossen sind. In der Begründung des Gesetzesentwurfs wird darauf verwiesen, daß die Genossenschaften „Arbeitsassoziationen“ sind, zum Unterschied von den Kapitalassoziationen (Aktiengesellschaften) ... Durch ihr Wesen unterscheiden sie sich von andern Unternehmen und sind als höhere Gebilde wirtschaftlicher Tätigkeit zu betrachten. Das Volksgenossenschaftswesen jeder Art, nicht nur das Kreditgenossenschaftswesen, ist eine Schöpfung der unbemittelten Staatsangehörigen, wodurch das Lebensniveau der Bevölkerung gehoben und widerstandsfähiger gemacht wird in der Zeit wirtschaftlicher und sozialer Krisen. Man erkennt sofort den fundamentalen Unterschied der volkswirtschaftlichen und sozialen Denkweise der Staatsregierungen in der Tschechoslowakei und in — Deutschland. Und die deutschen Konsumgenossenschaften der Tschechoslowakei werden gewiß keine Sehnsucht empfinden nach den steuerlichen Ausnahmegeboten gegen die Konsumgenossenschaften — in Deutschland.

Ebenso interessant wie die Vorlage selbst ist die Frage ihrer Gesetzgebung. Denn die agrarischen Parlamentsvertreter machen die Annahme des Entwurfs davon abhängig, daß der Staat für die von ihren Genossenschaften gewährten Kredite eine Garantieleistung bis zu 500 Millionen Kronen übernimmt und eine Subvention von 20 Millionen Kronen gewährt. Die Gewerbetreibenden fordern „nur“ 150 Millionen Kronen und 10 Millionen Kronen Subvention. Im ganzen also mehr als das Fünffache, was der Entwurf der „Interessenzentrale für Volksgenossenschaften“ geben will. Denn: „Nur die Lumpen sind bescheiden!“

Aber immerhin — die soziale Wirtschaft und Volksgenossenschaftspolitik der Tschechoslowakei steht turmhoch über der bescheiden ungedachten und rückständigen Behandlung der Konsumgenossenschaften in Deutschland.

Die konsumgenossenschaftliche Bewegung in Deutschland

Die deutschen Konsumgenossenschaften sind in zwei Zentralorganisationsformen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine (Hamburg) und dem Reichsverband deutscher Konsumvereine (Köln a. Rh.) zusammengeschlossen. Der ältere und weitaus größere dieser genossenschaftlichen Verbraucherverbände ist der Zentralverband mit 974 Konsumgenossenschaften und 2 940 308 Mitgliederfamilien zu Ende 1930, während der Reichsverband 27 Konsumgenossenschaften mit 792 551 Mitgliederfamilien stark ist. Zusammen fassen also die beiden Verbände 1251 Konsumgenossenschaften mit 3 732 859 Mitgliedern und reprä-

sentieren damit eine ganz ansehnliche organisierte Wirtschaftsmacht, die sich sowohl im Warenverkehr, wie in der Warenproduktion der deutschen Volkswirtschaft stark bemerkbar macht. Die Zahl der Vertretungsstellen im ganzen Reich beträgt für beide Verbände 13 218 (Zentralverband 10 709, Reichsverband 2509), Warenumfang in denselben rund 1,5 Milliarden Mark (Zentralverband 1,24 Milliarden Mark, Reichsverband 204,6 Millionen Mark), wovon auf die Warenerzeugung in eignen Betrieben 370,4 Millionen Mark (Zentralverband 342,4 Millionen Mark, Reichsverband 28 Millionen Mark) entfallen.

Die Warenerzeugung in den eignen Betrieben der deutschen Konsumgenossenschaften ist angehts ihrer Stärke im Verhältnis zum Warenumfang von besonderer Bedeutung. Denn zu den 370,4 Millionen Mark Eigenproduktion sind auch die 148,6 Millionen Mark der beiden Großeinzelhandelsunternehmen (G.E. Hamburg 137,6 Millionen Mark, „Gegap“ Köln 11 Millionen Mark) zu rechnen, so daß an dem genauen Gesamtumfang beider Zentralverbände im Betrage von 1445 Millionen Mark die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mit rund 519 Millionen Mark oder 35,9 Proz. beteiligt ist. Eine sehr wichtige Tatsache, die von eminent volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Denn es ist leicht einzusehen, daß eine Wirtschaftform, deren Produktion sich auf den geregelten Bedarf der Bevölkerung aufbaut, ohne weiteres Planwirtschaft bedeutet, bei welcher kapitalistische „Zehlinvestitionen“ und damit Kapitalrisiko, Spekulationsgeschäfte irgendwelcher Art usw. ganz einfach ausgeschlossen und damit Fehlerquellen der Wirtschaft automatisch verstopft sind, welche unser heutiges Wirtschaftselend mit herbeigeführt haben. Es ist auch leicht einzusehen, daß der in hundertaufende Einzelbetriebe zerfallene Privathandel diese Eigenproduktion nicht nachmachen kann, woraus sich die viel stärkere, rationellere und dadurch überlegene Konstruktion der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung mit zwingender Deutlichkeit von selbst ergibt.

So wird auch die wütende Bekämpfung der Konsumgenossenschaften durch den Privathandel und die um seine Wählerstimmen buhlenden Parteien, vor allem der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, ganz erklärlich — eine Bekämpfung, die sich durch eine ausnahmestrenge Besteuerung und Schikanierung durch die steuerliche Rechtspflege „auszeichnet“. Aber dies kann alles nicht verhindern, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung sich weiterhin vorwärts entwickelt, denn sie enthält einen Faktor der Wirtschaftlichkeit für die Verbraucher, welcher zwingend die Überlegenheit der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung aufzeigt, was sich weiterhin aus der Gegenüberstellung vom eignen Betriebskapital der Mitglieder im Verhältnis zu Rückvergütung und Reinertrag ergibt. Die Geschäftsguthaben der Mitglieder in beiden Zentralverbänden zusammen betragen im Jahre 1930 rund 74 Millionen Mark (Zentralverband 64,6 Millionen Mark, Reichsverband 9,4 Millionen Mark).

Das bedeutet, daß die Mitglieder mit 74 Millionen Mark eigenem Geschäftskapital 75,2 Millionen Mark Wirtschaftsnutzen in einem einzigen Jahr erzielen! Kann es einen bedenklicheren Beweis für die Überlegenheit der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung über den Privathandel geben?! Zu den 75,2 Millionen Mark sind außerdem noch die im Jahre 1930 neu zugewiesenen Reserven mit insgesamt 10,6 Millionen Mark (Zentralverband 9,6 Millionen Mark, Reichsverband 1 Million Mark) zu rechnen, so daß der Wirtschaftsnutzen auf 85,8 Millionen Mark steigt aus 74 Millionen Mark eigenem Betriebskapital der Mitglieder. Die Gesamterlöse beider Zentralverbände betragen rund 71 Millionen Mark (Zentralverband 66 Millionen Mark, Reichsverband 5 Millionen Mark).

Die Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften und ihre überlegene Wirtschaftlichkeit, die sich aus vorstehenden Zahlen ergibt, ist eine Tatsache von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung — sie weiter zu entwickeln, entspricht dem Interesse der Gesamtbevölkerung.

Die Harzburger Inflationisten und die Genossenschaftsparer

Die Schwerindustrie mit den ostelbischen Großgrundbesitzern wollen also unter dem Schutz ihrer nationalsozialistischen Prätorianergarde die kleinen Sparer in der deutschen Republik durch eine neue Geldentwertung um ihre lauer ersparten Groschen bringen und sich selbst von den Schulden befreien, die sie in großwahnsinnigem Ausmaß gemacht haben. Der Entrüstungsturm im ganzen Reich mag sie einigermaßen belehrt haben, wie gefährlich eine solche Währungspolitik für ihre Wäiter werden kann. Deshalb wollen sie ja auch „legal“ an die Macht kommen, um dann, ungehindert von irgendwelcher Entrüstung, ihre Pläne durchzuführen zu können. In der Zwischenzeit reifen dann Schacht, Thyssen und Konkorten nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland (Amerika) umher, um das Vertrauen in die Mark totzureden und so eine Währungskrise herbeizuführen. Und es ist wirklich schwer, einzusehen, warum den Leuten nicht ein Hochverratsprozeß an dem Hals gehängt wird, welchen Jugenberg schon vor etwa einem Jahr mit seinem Amerikatrabik verdient hätte, der ja auch den Sturz der deutschen Währung bedecken sollte.

Da nun die Nationalsozialisten einen ziemlich starken Zulauf aus den Reihen des Mittelstandes buchen können und drauf und dran sind, auch die Bauern mit ihren Besprechungen im „Dritten Reich“ und frech verlogenen Behauptungen über ihre Gegner zu föhren, so ist es ange-

zwar eine schwarze und eine rote. Das schwarze Brett ist das Sündenregister, auf dem die ungeratenen Elemente der Belegschaft verzeichnet werden, und das rote Brett enthält die Betragensliste für die bevorzugten Arbeiter. Es sind nicht nur die Faulen, die auf dem schwarzen Brett angeprangert werden, sondern auch die politisch verächtlichen Arbeiter werden öffentlich bloßgestellt. Wer sich der Zeichnung von Anfeinden entzieht oder gegenrevolutionärer Vernehmung verdächtig ist, kommt ins schwarze Brett. Eine unbedachte oder im Zorn gemachte Äußerung zieht die Achtung nach sich. Dem Arbeiter wird das Lebensmitteldruck entzogen, und er ist dem Hungertod preisgegeben. Kriecherei, Spitzeltum und Angeberei hat man damit großgezogen. Ein Streikrecht gibt es nicht. Die Freizügigkeit der Arbeiter ist aufgehoben, jeder muß sich dort hin begeben, wohin er kommandiert wird. Die Arbeitslosenunterstützung wurde abgeschafft, obwohl nach dem amtlichen Gewerkschaftsblatt „Trub“ am Tage der Abschaffung noch 600 000 Arbeitslose vorhanden waren.

So kommt man am Schluß zu dem Ergebnis, daß das „Sowjetparadies“ ein mit militärischen Methoden regiertes Sklavenland ist, in dem die Arbeiter nichts zu sagen haben. Die mächtige Sowjetbürokratie bestimmt, und der Arbeiter muß gehorchen. Man hat in den Betrieben ein Ausbeutungssystem eingeführt, gegen das die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden verfallen. Aber während es in Deutschland immerhin noch möglich ist, daß der Arbeiter seinem Zorn über die Ausbeutung Luft macht und sich gewerkschaftliche Organisationen schafft, die gegen die Ausbeutung ankämpfen, muß der russische Arbeiter willig gehorchen. Dazu hungert, friert und darbt er. Nein, dafür kann man sich trotz aller kommunistischen Schönfärberei nicht begeistern. Vom sozialistischen Staat haben wir eine andre Vorstellung.

E. N. (Berlin).

zeigt, sich nicht nur im allgemeinen über die beabsichtigte Zerstörung des Sparkapitals der „kleinen Leute“ zu äußern, sondern zu zeigen, um welche Summen und Bevölkerungskreise es sich bei dem beabsichtigten verbrecherischen Aktentat auf den Wert der Mark handelt.

Das allgemeine Sparkapital in Deutschland ist zur Zeit mit 11 Milliarden Mark bewertet, nachdem durch den Zusammenbruch der Danabank und die Industriefausts rund eine Milliarde abgehoben worden sind. Der Vorkriegsstand belief sich auf rund 14 Milliarden Mark. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Sparkapitals liegt auf der Hand. Denn während die Inflationisten und industriellen Schwerverdiener etwa 12 bis 15 Milliarden im Ausland gehortet haben, bildet es eine wichtige finanzielle Produktionsgrundlage, ohne welche die Arbeitslosigkeit um zwei Millionen Menschen größer wäre, oder sofort steigen müßte, wenn den Inflationisten ihr Verbrechen gelingen würde, das sich somit als ein doppeltes herausstellt; 1. als ein Verbrechen an den Sparern, die ja wieder nach dem berechtigten Anspruch eines Inflationsmagnaten „von vorne anfangen“ können; 2. als ein Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft, die aufs neue minderbekannt, wahrscheinlich aber die ganzen 11 Milliarden als Produktionsmittel verlieren würde.

Was nun die landwirtschaftlichen und gewerblichen, also mittelständischen Später anbelangt, so genügt die Feststellung, daß in den genossenschaftlichen Darlehensanstalten vereinen der kleinen und mittleren Landwirtschaft wieder ein Spar- und Kreditkapital von 2136 Millionen Mark vorhanden ist und in den gewerblichen Kreditgenossenschaften ein Betriebs- und Leihkapital in Höhe von rund 2000 Millionen Mark das Rückrad des Gewerbetreibenden bildet. Also über 4 Milliarden Mark Spar- und Betriebskapital trägt allein der landwirtschaftliche und gewerbliche Mittelstand, wenn den Harzburgern und ihrer nationalsozialistischen Prätorianergarde der Anschlag auf die Markwährung gelingt. Und nicht nur die 4,136 Milliarden Spar- und Kreditkapital gingen zum Teufel, sondern die ganzen genossenschaftlichen Organisationen.

Wer da in den Kreisen des Mittelstandes noch nicht einseht, daß er sich durch den Zulauf bei der „nationalsozialistischen“ Opposition dem Teufel verschrieben hat, dem ist ganz einfach nicht zu helfen, und mag er eben wieder „von vorne anfangen“ zu — sparen. ff.

Korrespondenzen

München, 31. Oktober hielt unsere Mitgliedschaft eine gut besuchte Wanderversammlung in Schneeburg ab. Die Wichtigkeit der Tagesordnung hatte ihre Wirkung auf die Kollegen nicht verfehlt. Zum ersten Punkt, „Kündigung des Lohnabkommens durch die Prinzipale“, referierte Vorherrschender Staab, er widerlegte treffend die Argumente der Prinzipale, mit denen die Kündigung des Lohnabkommens begründet wird. In der sehr lebhaften Aussprache kam die große Enttäuschung der Kollegen über diese Provokation von der Unternehmenseite zum Ausdruck. Es wurde gegen eine weitere Herabdrückung des Lohnniveaus scharfster Protest erhoben. Auch die Herabsetzung der Unterküßungsätze wurde erörtert und fand geteilte Aufnahme. Nach Erledigung einiger tariflicher und örtlicher Angelegenheiten ehrte man sechs Kollegen aus Schneeburg für ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit in der üblichen Weise. — Nach Schluß der Versammlung verließen noch einige fröhliche Stunden die Kollegen in eicht buchdruckerlichem Geist, die die Alltagsorgen vorübergehend vergessen ließen.

Wien (Bericht). Am 25. Oktober nach hier einberufene Bezirksversammlung hatte einen überaus guten Verlauf. Anwesend waren außer dem Referenten, Kollegen Bruno Ackermann, unser am 1. August in den Ruhestand getretener ehemaliger Gauvorsitzender, Kollege Fiedler und Kollege Mohri (Kattowitz) als Vertreter der deutschen Buchdrucker Oberbayerlands. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Bezirksvorsitzender Klesch der im letzten Jahr verstorbenen Kollegen aus dem Bezirk, vor allem aber des so plötzlich und unerwartet verstorbenen Vorsitzenden des Gleiwitzer Ortsvereins, Kollegen Gultav Kramer, der nahezu 25 Jahre in vorbildlicher Weise die Geschäfte des Ortsvereins geführt hatte. Dem Tätigkeitsbericht des Bezirksvorsitzenden war zu entnehmen, daß Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auch im Weutener Bezirk in der Zukunft begriffen sind. Bei einem Mitgliederstand von 256 sind über 80 Kollegen arbeitslos und 33 Kurzarbeiter. Die Lage in den kleinen Druckereien ist für die Kollegschaft katastrophal. In einem der größten Betriebe des Bezirks ist der Leistungslohn um etwa 50 Proz. abgebaut worden; selber haben die davon betroffenen Kollegen nicht das nötige Rückrad gezogen. Die Ausflüchte für die Zukunft sind nicht tollig; zwei Stilllegungen von größeren Betrieben stellen ein Jahreslohnlos bevor; also vermehrte Arbeitslosigkeit, da die dadurch freiwerdenden Kräfte anderweitig nicht untergebracht werden können. Auch der Bericht des Bezirksgeschäftsführers zeigte, daß große Arbeit für die Lehrlinge geleistet wurde. Die Kassenverhältnisse des Bezirks sind, den Zeitverhältnissen entsprechend, befriedigend. Nach Erledigung des ziemlich umfangreichen geschäftlichen Teiles referierte Kollege Klermann über das Thema „Gegenwartsaufgaben des Verbandes“. Sehr selten haben wir hier in der südlichsten Ecke des Verbandes die Gelegenheit, einen Vertreter des Verbandsvorstandes zu hören und dessen Rede beleuchtete kurz die gegenwärtige Krise und behandelte ausführlich die zwei großen brennenden Tagesfragen: Unsere Stellungnahme zur Kriegszustandswoge und die letzten Maßnahmen des Verbandsvorstandes auf dem Gebiet der Unterküßungen. Die unsoziale Haltung der Prinzipalvertreter bei den letzten Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium wurde gebührend beleuchtet. Mit einem Appell zur Einigkeit und zum Vertrauen zur Verbandsleitung schloß Kollege Ackermann seine Ausführun-

gen. Der reiche Beifall seiner aufmerksamen Zuhörer war verdient. Die anschließende Diskussion war ziemlich lebhaft. In seinem Schlußwort ging Kollege Ackermann auf die aufgeworfenen Fragen noch näher ein. Insbesondere auf die Kündigung des Lohnabkommens. Nach Erledigung einer internen Bezirgsangelegenheit ergriff Kollege Klesch das Wort, um dem von uns scheidenden Kollegen Fiedler für seine Arbeit in Oberbayerland für die Kollegschaft zu danken. Namens der Kollegschaft des Bezirks wünschte er ihm noch einen recht sonnigen Lebensabend. Der Name „Fiedler“ werde bei der Kollegschaft nie vergessen werden. Nimmere verabschiedete sich Kollege Fiedler. Er schloßerte einige Episoden seiner arbeitsreichen Tätigkeit in Oberbayerland, mahnte zur weiteren Treue dem Verband in guten und trüben Tagen und bat, ihm stets ein gutes Andenken bewahren zu wollen. Eine Resolution an den Verbandsvorstand, in welcher gebeten wird, die letzten Abnahmemaßnahmen an der Notstandsunterstützung einer recht baldigen Revision zu unterziehen, fand reifliche Annahme der Kollegen. Ein weiterer Antrag, der Verbandsvorstand möge alles versuchen, um in Anbetracht der vielen Arbeitslosen eine starke Einschränkung der Lehrlingsziffer zu erreichen, wurde dem Verbandsvorstand als Material zu den kommenden Mantelkartierverhandlungen überwieben.

Frankfurt a. M. (Wassinger'scher). Unsere Bezirksversammlung am 1. November erfreute sich eines guten Besuchs. Vor Eröffnung der Tagesordnung gedachte unser Vorsitzender Klein ernd eines verstorbenen Kollegen. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen referierte Kollege Stutenbäumer (Mannheim) über „Spartengemeinschaft — besseres Zusammenarbeiten in den Betrieben“. In kurzen Zügen streifte er die früheren Verhältnisse, heute fordere man etwas ganz anders von uns. Spezialarbeiter haben sich herausgebildet. Durch die Sparten ist es gelungen, mit der Entwicklung der Technik Schritt zu halten. Unsere Aufgabe muß darin bestehen, sachlich und technisch auf der Höhe zu bleiben, was gerade jetzt sehr notwendig ist. Scharf wandte sich der Referent gegen die Sparmaßnahmen, die sich nur einen höheren Posten schaffen wollen und uns schaden, sowie gegen die „Aufsichtrolle“, die neben Landarbeit auch noch unsere Arbeitslosen das Brot nehmen. Um ein reibungsloses Arbeiten in den Betrieben zu ermöglichen, müsse überall Aufführung geschaffen werden über unsere Tätigkeit an der Maschine, dann könne es nicht vorkommen, daß durch Mißverständnisse andere Kollegen leiden müssen. Der Lohnabbau war Gegenstand einer ausführlichen Betrachtung. Auch das politische Gebiet streifte der Referent. Er kam zu der Auffassung, daß wir uns in der Gewerkschafts- und Erziehungfrage einig sein müssen, um die Krise zu überwinden. Die Einführung des Maternausstufes sei eine große Gefahr unseres Gewerbes, weshalb größte Einschränkung des Austausches zu fordern sei. Von den Arbeiterbetrieben sollte man die Befreiung des Maternausstufes unbedingt fordern. Der Arbeitslosen müßten wir uns besonders annehmen. Hier dürfe eine Kürzung der Unterstützung nicht mehr eintreten, wenn wir unsere Kampfstärke erhalten wollen. Waden wir es wie unsere Gegner: Wir müssen einig sein, um jedem Ansturm gewachsen zu sein. Die Aussprache war sehr reg, zum Teil wurde eine politische Auseinandersetzung gepflogen, die aber für manden sehr nützlich gewesen sein wird. Die Maternfrage war Gegenstand scharfer Angriffe. Besonders werden hiervon die Handhaber betroffen, da ganze Seiten Anzeigen in Matern geliefert werden und somit ein Segen überflüssig machen. Der Unternehmer steckt aber einen ganz schönen Gewinn ein. Die Redner wandten sich gegen den schon wieder beabsichtigten Lohnabbau und forderten, endlich einmal daran zu gehen, die Arbeitszeit zu verkürzen, damit die Arbeitslosen unterkommen. Nach Bekanntgabe einiger Mitteilungen der Tariflichen Kommission fand die Versammlung ihren Abschluß.

Hamburg-Altona. (Korrekturen) Am 24. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. Unter „Bereitschaften“ gab Kollege Klesch den Verlauf der Beratungen zu der Arbeitsgemeinschaft des Bindungsverbandes und der Sparten unsern Gau. Besonders für erwerbslose Mitglieder soll versucht werden, sie beruflich auf dem laufenden zu erhalten. Unser Verein beabsichtigt, im Laufe der Zeit Vorträge zu veranstalten über Dichter, die speziell zu Hamburg in Beziehung getreten sind. Der erste Vortrag war dem Dichter Detlev von Platen (1844 bis 1909) gewidmet, der in dem holländischen Dorf Altona, einem Villenort Hamburgs, gelebt und dort seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Kollege Böhme schilderte in eintönigen Ausführungen sein Bekanntheit mit den Werken des Dichters, des bedeutenden Lyrikers, der stets den frischen, fröhlichen Lebensmut mit Kraft und Siegeslust in die Welt hinausgeschleudert hat, und gab dann einen Abriss aus Platen's Leben und Lebensproben aus den Werken. Der in gemüßlichem Mäanderton gehaltene Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Sodann folgte eine Aussprache über den von verschiedenen hiesigen Firmen vorgeschlagenen Leistungszulagenabbau, über eingeführte Kurzarbeit und sonstige in letzter Zeit in die Erziehung getretene Verschlechterungen des Einstellungsmodus in unserm Gewerbegebiet. Die Schlichtung dieser Geschäfte gab ein sehr ernstes Bild unser Tage.

Karlsruhe. (Wassinger'scher). Die diesjährige Bezirksversammlung unserer Gauvereinigung fand gemeinsam mit den Kollegen des Gau Frankfurt-Bessen und Oberhein hier in Karlsruhe am 18. Oktober in Form einer Monotyp-Sonderveranstaltung statt. Um 9 Uhr vormittags trafen sich zahlreiche Kollegen der vorgenannten Gau, um eine Besichtigung der Monotypanlage der Buchdruckerei G. Braun vorzunehmen. Hier lief den Kollegen gleich auf eine von der Firma seit einigen Jahren angeordnete Einrichtung, daß die einzelnen Abteilungen (Zaßler- und Weßlerraum) weit voneinander getrennt liegen, was von den Zaßlern sehr begrüßt wurde. In der Weßlerei wurde von dem Weßlerkollegen Sandrine (Wern) eine „Zubereitende, regulierbare und selbstverwärmende Schmelzvorrichtung“ für Gießformen aufmontiert und praktisch vorgeführt. Der Geschäftsführer der Firma G. Braun sei auch an dieser Stelle nochmals für das Entgegenkommen dankt. Anschließend an die Besichtigung fand in der Städtischen Gewerbeschule die eigentliche Versammlung statt. Der Vorsitzende der Gau-

vereinigung, Kollege Stutenbäumer (Ludwigshafen am Rhein), eröffnete die Versammlung, begrüßte die erschienenen Kollegen und erklärte den eigentlichen Zweck der Versammlung, weil gerade in unsern Gauen die Monotypie so vereinzelt dastehet und den Kollegen zur weiteren Fortbildung sonst keine Gelegenheit geboten sei. Bedauert wurde nur, daß die andern Spartenkollegen sich ferngehalten hatten. Die Entstehung der Monotypie (Schw- und Gießmaschine) sowie deren Neuerungen erklärte Kollege Klesch (Karlsruhe) an Hand von Lichtbildern. Der Vortrag fand vollen Anlauf. Hierauf folgte eine rege Diskussion über technische Fragen ein. Im allgemeinen wurde bedauert, daß die elektrische Heizung noch so wenig vorhanden sei; ferner daß die Monotyp-Schmelzmaschinen-Betriebsgesellschaft in Berlin die in den früheren Jahren herausgegebenen „Monotyp-Anzeiger“ nicht mehr erscheinen lassen, und daß das Teilbuch immer noch nicht in deutscher Sprache erschienen ist. Kollege Sandrine erklärte nun seine Erfindung noch eingehender. Von den Kollegen wurde die Erfindung als ein großer Fortschritt in hygienischer Hinsicht bewertet, aber die Anschaffung durch die Prinzipale werde wohl wieder an den Kostenpunkt scheitern. Nach einer fotografischen Aufnahme fand die Besammlung ihre Ende. — Im „Volkshaus“ wurde das Mittagessen gemeinsam eingenommen. Am Nachmittag wurden die Sehenswürdigkeiten der Stadt besichtigt. Um 4 Uhr fanden sich die Kollegen zu einem gemütlichen Abschiedsessen ein, um die Sorgen der Zukunft zu vergessen. Während auswärtigen Kollegen schlug die Abschiedsstunde zu früh, um aus dem trauten Kreis der Kollegen zu scheiden. Dank allen Kollegen, die an der Veranstaltung mitgewirkt haben, besonders den Kollegen, die Freiquartiere zur Verfügung stellten.

Stuttgart. In unser sehr gut besuchten Bezirksversammlung am 9. November rief Kollege Klein zu zahlreicher und ausgiebiger Beteiligung an der Weihnachtsfeier für uns ausgefertigten arbeitslosen Kollegen auf. In einzelnen größeren Ortsvereinen im Gau, wie Pforzheim, Heilbronn usw., sind die Kassenverhältnisse infolge der den Durchschnit weit überragenden Arbeitslosigkeit äußerst schlecht. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit bringt es mit sich, daß viele in unsern Reihen ausgehungert sind. Um jenen Kollegen eine bescheidene Weihnachtsfreude zu machen, wurde die Sammlung beschloßen. In dieser Versammlung ging aus deren Munde ein Antrag ein, alle Kollegen, die in Arbeit stehen und nichts geschehen, auf den Gaumittelnungen namentlich zu veröffentlichen. Der Vorsitzende sagte ähnliche Handhabung zu; womit der Antragsteller einverstanden war und sich eine Zustimmung, die sicher Einkünfte ergeben hätte, erlitt. Nimmere kam der Redner auf die Kündigung des Lohnabkommens zurück. Er könnte auf Grund seiner vielfährigen Erfahrungen nur wünschen, daß es diesmal den einstigen Prinzipalen gelingen möge, den Normallohn auf einer Höhe zu halten, der noch Freude an der Arbeit auslöse. Verfolge man allerdings die Ausflüchte der „Zeitschrift“, so sei man zur Meinung gezwungen, die Barmut wäre dahin und das Schmaragdmetall, dort in Reinkung vertreten, sei drauf und dran, das letzte tragende Gerüst im Wirtschaftsleben und Tarifwesen durch wilde Artzige zum Einsturz zu bringen. Die Indeziffern gelten jetzt bei einer Abwärtsbewegung als heilige Zahl, beim Aufwärtsgehen wurden sie als belanglos für die Lohngestaltung erklärt. Unsere Arbeitgeber, Vertreter aus den Juristen- und Militärkreisen sehen an Stelle ihrer technischen Kenntnisse und Anknüpflichkeiten sojehes Draufstürzen in der Lohnfrage. Ihnen könnte nur der uns zugemutete Normallohn die Einflucht bringen, daß die heutige Lohnhöhe das äußerste sei, womit wir gerade noch leben können. Durch jahrelange Arbeitslosigkeit, oder oft viele Monate schon dauernde Kurzarbeit seien die Arbeiter wirtschaftlich so geschwächt, daß es wundernehmen müßte, von was und mit was sie ihren Unterhalt und den der Ihren befrachten. Unter Kurzarbeit rufe kein Arbeitgebervertreter nach den „heiligen“ Indeziffern. Die von solchen Müßiggängern Betroffenen können kaum ihre notwendigen Lebensmittel einkaufen, für Anschaffungen darüber hinaus verbleibe nichts. Für diese Not ist in Arbeitgeberkreisen kein Verständnis zu finden. Dort rufe man nach „Beweglichkeit des Tarifwesens“. Dabei ist unser Tarif von Neuausgeraten in der Lehrdrucker, denselben in anderer Drucker und in drei anderen Staffeln mit Lohnzulagen von 0 Proz. bis 25 Proz. darat beweglich, daß lange schon von Gehilfen eine gerechtere Höherentlohnung gefordert worden sei, was leiten der Prinzipale jedoch immer Ablehnung erfahren hätte. Die 40stündige Arbeitswoche sei der einzige Weg, der bei der heutigen Wirtschaftslage gegangen werden könne, um Arbeitslosen wieder Brot zu geben und um aus den Kröten dieser Krise herauszukommen. Die Aussprache bewegte sich in ähnlichen Gebankengängen. Die Entscheidung des Kollegen Frische fand keinen Widerspruch und einstimmige Annahme. Sie lautet: „Die Stuttgarter Buchdrucker betrachten die Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmung als einen weiteren Vorstoß gegen das Existenzminimum. Sie fordern daher von ihren Vertretern, bei den kommenden Lohnverhandlungen in keiner Weise auf irgendeinen Lohnabbau einzugehen, solange nicht die durch Reichs- und Landesregierungen angeordnete Preislenkung der Lebens- und Bedarfsmittel durchgeführt und die heute noch geltenden hohen Wohnungsmieten herabgesetzt werden. Zur Unterbringung unserer Arbeitslosen in den Betrieben fordern wir die Kriegszustandswoge bei gleichbleibenden Wohnflächen und Einstellungswohne in dem Verhältnis, daß bei fünf Gehilfen ein weiterer Gehilfe eingestellt werden muß. Unter Berufung auf unsere statutarischen Rechte fordern wir diesmal vom Verbandsvorstand, daß das Ergebnis der Verhandlungen noch rechtzeitig den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet wird.“ Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Klein erteilte dieser nach vorausgegangenem herzlicher Begrüßung dem Referenten Professor Dr. Rötting das Wort. Dessen Vortrag über das Thema „Planwirtschaft oder kapitalistische Anarchie“ hätte verdient, im Wortlaut veröffentlicht zu werden, so paßend verstand er, dieses außerordentlich schwierige Problem uns klar zu machen. Der Referent führte kurz zusammengefaßt etwa aus: Das Problem des Kapitalismus wäre kein

Problem, wenn der Kapitalist den Kapitalismus loben, der Arme ihn verfluchen würde. Das Evangelium des Liberalismus war einst, wir brauchen keine Regierung, keine Gesehe, kein Parlament. Der Markt wird dafür sorgen, das jedes und jeder dahin strömt, wo er den meisten Lohn erhält, wo seine wirtschaftlichen Interessen am besten gewahrt werden. Gegen alle Monopole wandte sich jener Liberalismus. Diefem standen die damaligen Machthaber ratlos gegenüber, und ein französischer König gab dieser Ratlosigkeit dahin Ausdruck: „Im Gotteswillen, was sollen wir tun?“ Sein Minister Darlo rief: „Nichts, Majestät. Die Welt läuft von selbst.“ Dieser heisst recht. Die natürliche Entwicklung verfolge ihre Wege konsequent. Der Arbeiter ist nur ein Verkäufer. Man meint, er unterstehe demnach nicht der Natur. Aber wie alles natürliche Entwicklung unterworfen ist, ist es auch der seine Schaffenskraft verkaufende Arbeiter. Selbst die Sprache der Börse ist der Meteorologie entnommen. Man spricht von einem Tief, von Wolken am Geldmarkt, von Aufhellung, von Verdunkelung, von elementarem Einbruch usw. Daraus ist zu ersehen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen steht etwas Naturreles. Nach dieser Einleitung ging der Vortragende zum Wirken des Kapitalismus über. Solcher befreit die Freiheit des Arbeiters durch dessen Freierrklärung von Scholle und Besitz. Kapitalismus bedeutet Wegfall jeder Verantwortung gegenüber den Arbeitern. Lehre sinken zur Marktware herunter. Schon der Beginn des Kapitalismus zeigte sich durch das sogenannte Bauernlegen. Derselbe Prozeß wiederholte sich den Arbeitern gegenüber. Durch Hinwegziehen des Bodens unter seinen Füßen wird auch der Arbeiter dem Kapitalismus hörig gemacht. Gleichzeitig gibt er ihm jedoch die Freiheit, seine Arbeitskraft nach eigenem Ermessen zu verkaufen. Nur die Masse der Organisation schließt dabei vor Ausbeutung. Dieser Vorgang wurde und wird heute noch nicht restlos erkannt. Durch Vorkriegszug entwickelte sich der Mammutkapitalismus. Einige dieser deutschen Vertreter, die Norddeutsche Wolle-WG, die Schultze-Hagenhofen-WG, der Favaag-Kongern, die Danat-Bank usw. sind Beispiele der kapitalistischen Anarchie. Sie seien auch Beispiel für Übernahme der Produktionsmittel. Diese Forderung auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress löste die Wirkung aus, daß das Neben von Wirtschaftsdemokratie als eine Sondererfindung gebrandmarkt wurde. Das Wesentliche ist heute die Erziehung des Zwischenorganismus (Regierungshilfe) durch die Planwirtschaft. Nun führte Redner die Unterscheidungsmerkmale sozialer und politischer Revolution vor Augen. Er zeigte ferner, wohin das freie Spiel der Kräfte des Unternehmertums führe, zu den Kartellen. Die ersten davon waren Kinder der Not, entstanden aus der Verzweiflung am inneren Markt. Deren Merkmale sind 1. Bergesellschaftung der Arbeit, 2. Bergesellschaftungsprozeß des Kapitals auf Befehl der Aktionäre, 3. die Bergesellschaftung der Unternehmungen, d. h. die Unternehmung bleibt bestehen, aber die einzelnen Beihilfe werden bergesellschaftet. Der Monopolkapitalismus gleicht einem vereinten Strom, wo sich beim Eisgang Scholle an Scholle reißt. Durch die Bannung der Kartelle, Trusts und Kongerne erhält die Schwerindustrie eine Bedeutung, die ihr nie zukommen würde. Bei ihr ist nur 1/10 Arbeiter tätig, während in den unabhängigen Fabriken 1/2 Arbeiter Beschäftigung finden. Bei Bekämpfung der Kartelle wirken mit 1. das Außenleiterproblem, 2. der Konjunktur (diese beiden bilden das juristische Problem), 3. die Kartelle, wie sie gestiftet werden könnten, a) der Staat müßte Einfluß gewinnen, b) die demokratische Aufforderung, die darin bestände, daß die Arbeiter Einfluß gewännen. Es kam durch die seitliche Wirtschaftform so, daß heute der Preis das Angebot bestimmt, während früher das Angebot den Preis bestimmte. Diese Mißstände treiben dahin, daß es kein Zurück und nur ein Vorwärts zur Planwirtschaft gebe. Die Regierung Brining hätte dazu vielgestiftet auch den guten Willen. Dieses Kabinett sei am wenigsten homogen und daher beschlußgehemmt. Einem Brining und Stegerwald stehen Schiele und Treutmann entgegen. Die Folge war, daß es nur eine Aufforderung bei den Lüpfen gab. Am deutlichsten zeige sich dies beim Zins, dem feinsten Regler der Marktwirtschaft. Die Forderung des Redners ging dahin: Fort mit dem Pfundliberalismus, fort mit Pfundsozialismus. Man solle sterben lassen, was sterben wolle. Das Wesen und Wirken des Monopolkapitalismus führt er dahin zusammen, daß er dort sich ausbreite, wo planmäßige Wirtschaft des Sozialismus noch nicht existiere. Der heutige Wechselhaß könne nicht existieren. In den letzten Wochen ist viel zusammengebrochen, vor allem jedoch der Glauben an den Kapitalismus. Nun folgte eine Abrechnung mit der NSDAP, diejenen Wanderern ins Nichts hinein. Wenn schon die Bruchstrichmenschen ihre Würden am Kapitalismus, von dem sie sich aushalten lassen, ließe ein Beweis, daß immer mehr Schichten Abkehr von Bisherigen anstreben. Nach dem Hamburger Gewerkschaftskongress schrieben Arbeitsgeberzeitungen: „Seht werden die Arbeiterorganisationen gefährlich.“ Wenn man nur 10 bis 20 Jahre voraussehen könnte, hieße man die Kritik an dem Verhalten der Arbeiterpartei und dem der Gewerkschaften unausgesprochen. Hungern sei schlimm, Finis hungern jedoch schlimmer. Das Ergebnis des Vortrages sagte Redner zusammen in: Zielwissen besteht lediglich nur bei uns. Langanhaltender Beifall war der Dank der Versammlung, dem noch Kollege Klein Ausdruck gab. In der Aussprache unterließ ein Redner die Ausführungen des Redners zu so Pro. Nur wollte er den Ausdruck Tarnows von Arzt und Erben des Kapitalismus, der mehr Art sein wollte, als im Gegensatz zur Bekämpfung des Kapitalismus stehend, deuten. Auch die Zolierung Brünings setze dazu im Widerspruch. Im Schlusswort ging der Referent auf die Punkte ein. Er zeigte noch einmal, warum das Kabinett Brünig, diese Brockenammlung, nicht anders arbeiten könne. Den Ausdruck Tarnows legte er in einer anderen Weise aus als der Fragesteller. Dann ging er auf die Verhältnisse in Rußland, das Bauernland sei, ein. Wir in Deutschland leben in der fünften Etage und tragen das Gewicht der Experimenten, wie sie Rußland unternimmt. Aus der Logik des Kapitalismus steigen die Wachstumsfaktoren der sozialen Planwirtschaft. Heute befinden wir uns noch im Zwischenland. Damit war dieser denkwürdige Vortrag beendet. Nochmals dankte starker Beifall.

Waldenburg. (H a n d s e h e r.) Ihre erste Versammlung nach beendeter Ferienzeit fand in Neu-Waldenburg statt. Vorheriger Würfel berichtete über die durchgeführte Werbeaktion für die Handseherpartei innerhalb ihres Bezirks. Wenn auch der Erfolg nicht als ein glänzender zu bezeichnen ist, so haben wir doch in Orten Fuß gefaßt, wo bis dato kein Kollege von Kosten der Sparte angehört hat. Zum Bericht sprachen mehrere Kollegen. Unter „Berichtedem“ wurde angeregt, zum Goutreffen in Liegnitz schon jetzt zu sparen und eine Reisepartafte einzurichten. Dem wurde zugestimmt. In einer kombinierten Sitzung mit dem Bildungsverband wurde das neue Werbeprogramm aufgestellt, das in der Versammlung beantragt wurde. — Kollege Rudolph empfahl den Besuch der Druckausstellung am 28. November auf dem Bahnhof Altwalder.

Wiesbaden. (D r u c k e r. — B i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Ein Farblichsfurkus, geleitet von den Kollegen Wirth und Bedel, zu dem die Farbenfabrik Gebr. Hartmann (Halle-Immendorf) dankenswerterweise unentgeltlich das erforderliche Material zur Verfügung stellte sowie einen Referenten über das Thema „Farben und ihre Herstellung“ sandte, diente im besonderen der Weiterbildung. Ferner wurden in den einzelnen Versammlungen allgemein interessierende Vorträge gehalten, wie Aufbau des Aufzuges und Herstellung der Zurichtung“ durch Kollegen K l o o s, der in sehr ausführlicher Art und Weise seinen Vortrag zu Gehör brachte. Einem Wunsch der Kollegenschaft folgend, fand das Thema „Die Walze, ihre Herstellung und ihre Behandlung“, gehalten von dem Geschäftsführer der Walzengießerei Böttcher (Frankfurt a. M.), Herrn W i l l e r, eine ausgiebige Behandlung. Den Zimmern sei auch hier eine stielte Dank gesagt.

Allgemeine Rundschau

Gauvorfeser Sandert gestorben. Beim Abschluß dieser Nummer erhielten wir die telegraphische Trauerbotschaft aus Freiburg i. Br., daß dort unser Kollege K a r l S a n d e r t, der Vorsteher des Gaues Oberrhein, nach kurzem, aber schwerem Krankenlager im 54. Lebensjahr in den frühen Morgenstunden des Donnerstag plötzlich verstorben ist. Eine Würdigung seiner organisatorischen Tätigkeit behalten wir uns für nächste Nummer vor.

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamte veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den A r b e i t s l o s e n s t a n d Ende Oktober 1931 (herausgegeben am 17. November 1931) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Werbende und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats Oktober 1930		Kurzarbeiter am Ende des Monats Oktober 1931	
	1030	1931	1030	1931
Buchdrucker	20,6	31,9	4,9	17,0
Lithographen u. Steindrucker	23,3	38,2	10,4	21,5
Graphische Hilfsarbeiter	18,8	32,9	7,3	18,9
Buchbinder	21,0	32,7	21,3	32,8

Die Durchschnittsziffern sämtlicher freien Gewerkschaften an Arbeitslosen und Kurzarbeitern beliefen sich Ende Oktober 1931 auf 37,2 Pro. bzw. 21,5 (gegen 24,0 bzw. 17,8 Pro. Ende Oktober 1930).

Geschnipfung. Der Geschnipfung unterzogen sich am 15. November in S c h n e i d e m i h l zwei Seher und ein Drucker. In Noten wurden erzielt: dreimal im Praktischen und Theoretischen „Genügend“.

Aber den Druckausstausch unserer Kollegenvereine. Bereits vor zweieinhalb Jahren wurde von der Liebertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-Altona, die Initiative zu einem Druckausstausch unter unsern Kollegenvereinen ergriffen. Es war der ausgesprochene Zweck dieser zentralen Einrichtung, unter den ständigen Buchdruckern eine engere Verbindung innerhalb der Gesamtorganisation herzustellen, die keine großen Opfer für den einzelnen Verein erfordert und doch einen Einblick in das Wirken und Schaffen unserer Kollegenvereine ermöglicht. Dieser Zweck wurde erreicht durch den Austausch von Werkschriften, Konzertprogrammen, Festbüchern, Einladungen, wie auch von Jubiläumsschriften und Jahresberichten. Welchen Anlang diese Einrichtung gefunden hat, beweisen viele anerkennende Zuschriften. Außer den deutschen Kollegenvereinen haben sich auch die Vereine von Wien, Zürich, Lugernburg, Prag und Graz dem zentralen Druckausstausch angeschlossen. Wenngleich sich auch gegenwärtig die starke Arbeitslosigkeit und die schlechten Kassenverhältnisse auf unsere Kollegenvereine recht ungünstig auswirken, so daß liberaler Einschränkungen in Berammlungen Platz greifen, so werden sich dennoch unsere Kollegenvereine nicht abbringen lassen von ihren Aufgaben. Mehr wie je ist es notwendig, auch in dieser trüben Zeit das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und zu fördern. Bei entsprechender Sparlichkeit muß es immer noch möglich sein, mindestens zwei größere Berammlungen im Jahre vorzunehmen. Die dafür benötigten Druckausgaben durchaus nicht mehrfarbig zu sein, auch wirkungsvolle einfarbige Druckausgaben vermögen eine gute Werbetafel auszuweisen. Aus diesem Grunde ergeht von neuem einmal wieder an dieser Stelle der Appell an alle unsere Kollegenvereine: Sendet von euren Druckausgaben auch im kommenden Jahr die für den Austausch nötige Anzahl (100 Exemplare) an Kollegen D t o b e n t h i e n, Altona, Elbe, Arnoldstraße 86, ein. Der erste Vortragsbuch von mindestens einer Mark (in Briefmarken) bringt der Zentralstelle keinerlei materielle Vorteile, denn die monatliche Sendung (je 8 Pf. Porto) ergibt eine Ausgabe von 96 Pf. im Jahr; es verbietet also 4 Pf. für Verpackung für das Jahr — von den Kosten der damit verknüpften Korrespondenz ganz abgesehen. Unterließt sich den von der Liebertafel „Gutenberg“ von 1877, Hamburg-

Altona, in uneigennütiger Weise durchgeführten kollegialen Druckausstausch tatkräftig auch fernherhin!

Volkschulheimfest Dreieckiger eröffnet am 15. Januar 1932 einen Kursus für Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. März 1932 läuft. Anmeldungen mit kurzem Lebenslauf sind möglichst umgehend an die Heimleitung des Volkschulheimes Dreieckiger bei Meiningen zu richten. Als Kursusgeld werden für den gesamten Kursus, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 100 M., einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht. Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch ihre Erwerbslosenunterstützung begleichen und müssen sich zu diesem Zweck an das heimliche Arbeitsamt wenden. Dazu ist eine Bescheinigung nötig, die von der Heimleitung erhältlich ist. Im Falle von Schwierigkeiten wende man sich an die Heimleitung. Die Reisefosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung.

Haus aus Zeitungspapier. In Walschaffets soll ein Haus aus Zeitungspapier erbaut worden sein. Für den Bau sind 65 000 Tageszeitungen und etliche tausend Zeitungsblätter zur Verwendung gelangt. Die Außenwände bestehen aus 215 Schichten Papier, die äußerste Schicht ist mit Firnis präpariert. Die Erbauung des Hauses hat acht Jahre in Anspruch genommen.

Verbindlichkeitsklärung des Reichsbahnfriedenspruchs. Der Friedenspruch für die Eisenbahner vom 11. November, durch den die Grundlohnsumme um 4 1/2 Pro. gesenkt werden, ist für verbindlich erklärt worden.

Zur Befestigung der Rohstoffpreise an den Weltmärkten. Wie schon verschiedentlich berichtet wurde, ist an den meisten Rohstoffmärkten seit Wochen eine mehr oder minder starke Hausse zu verzeichnen. Der Preisausschlag war teilweise sehr beträchtlich. Welsch wird nun die Frage erörtert, ob dieser Aufschwung den Aufstieg der Weltwirtschaftsstrije bedeutet. Das Institut für Konjunkturforschung schrieb über die Möglichkeit eines solchen Aufstiegs in seinem letzten Wochenbericht vom 11. November u. a. folgendes: „Noch ist die Zeitpanne zu kurz, die Steigerung, im Rahmen der große Masse der letzten Jahre gesehen, zu gering, die Marktlage noch zu unübersichtlich, als daß sich bereits sagen ließe, ob die jüngsten Preissteigerungen der Anfang einer neuen Hauswelle sind. Soweit sich die Vorgänge an den Warenmärkten im einzelnen beurteilen lassen, scheinen überall verhältnismäßig geringe Veränderungen der Nachfrage oder des Angebots den Anstoß zur Befestigung der Preise gegeben zu haben. Eine nachhaltige Entlastung der Märkte ist noch kaum zu sehen; wohl aber ist hier und da die Hoffnung berechtigt, daß der Höhepunkt des Überangebots allmählich überwunden werden kann. Ob hier von einer Impulse ausgehen werden, die so stark sind, bereits einen neuen Aufschwung zu tragen, ist fraglich. Außerdem sind in der ganzen Welt noch zahlreiche Krisenherde zu bekämpfen; die Unsicherheit in politischer und finanzieller Hinsicht ist noch so groß, um es wahrheitsförmig zu machen, daß sich auf diesem wankenden Untergrund ein neuer Aufschwung aufbauen wird. Indes ist schon viel gewonnen, wenn aus der sich überziehenden Weltkrisis der Weg in eine ruhigere Depression gefunden wird, von der aus die wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen für einen neuen Aufstieg gemachert werden müssen. Mehr zu erhoffen, siehe immer noch bestehende Schwierigkeiten verkennen. Jedenfalls aber zeigen die jüngsten Preissteigerungen, daß die Weltmärkte nicht vollständig zerrüttet sind und durchaus auf Hausstendungen zu reagieren vermögen; die Vorgänge der letzten Wochen haben den grenzenlosen Pessimismus, der die Weltwirtschaft beherrschte, wieder etwas gemildert.“

Weiterer Rekordüberschuß der deutschen Ausfuhr. Trotz aller Währungschwierigkeiten, Zollerhöhungen und innerpolitische Kopfprünge entwickelt sich die deutsche Ausfuhr weiter. Im Monat Oktober wurde ein Ausfuhrüberschuß von 396 Millionen erzielt, gegenüber 387 Millionen im September und 349 Millionen im August, mithin allein in drei Monaten ein solcher von 1132 Millionen Mark. Im Oktober ist die Erhöhung des Ausfuhrüberschusses allein durch die Steigerung der Ausfuhr erzielt worden. Die Einfuhr stieg von 448 auf 483 Millionen Mark und die Ausfuhr von 835 auf 879 Millionen Mark. Die Ausfuhrerhöhung entfällt nahezu völlig auf Fertigerwaren. Dessen Ausfuhr stieg um 48 Millionen auf 691 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuß in den ersten zehn Monaten d. J. beläuft sich auf rund 2,4 Milliarden Mark. Davon entfallen 847 Millionen Mark auf Reparationsgeschäfteleistungen. Die Lieferungen nach Rußland spielen dabei eine gewisse Rolle. Nach dort wurden von Januar bis Oktober 1931 für 692 Millionen Mark Waren geliefert. Man könnte sich über diese Entwicklung freuen, wenn man nicht wüßte, daß die gesteigerte Ausfuhr teilweise auf Schlandereporte und Preisunterbietungen zurückzuführen ist.

Die Volksfürsorge in den ersten Monaten. Die ungünstigsten Voraussetzungen für die Lebensversicherungsunternehmungen brachten zweifellos die letzten Monate. Diese Zeit, die charakterisiert wird durch die Zwangslage der Banken und Sparkassen infolge der starken Abhebungen von Guthaben und die dadurch bedingte Geldknappheit, hat auch viele Versicherungsanstalten zum Abschluß einer Lebensversicherung abgefaßt. Die Gründe dafür waren mannigfaltig, berechtigt und unberechtigt. Unter Volksfürsorge hat sich, wenn man die gegebenen Verhältnisse berücksichtigt, in diesen Monaten gut gehalten und die im bisherigen Verlauf der Wirtschaftstrije geeignete Stabilität auch jetzt bewahrt. Es wurden vom Juli bis September in der Volksversicherungsanstaltung (Versicherungssumme bis 3000 M.) insgesamt 61 112 neue Versicherungsanträge mit rund 22 Mill. M. Gesamtversicherungssumme eingereicht. Für die große Lebensversicherung (Höchstversicherungssumme bis zu 10 000 M.) wurden im dritten Quartal 676 Anträge mit rund 1 1/2 Mill. M. Versicherungssumme heringebbracht. Inzwischen haben nun die verschiedenen Maßnahmen der Regierung, privater Organisationen und Behörden auf die Bevölkerung beruhigend gewirkt. Von einigen verantwortungslosen Persönlichkeiten wird allerdings die Bevölkerung noch immer verängstigt durch deren Restrebungen, Währungsexperimente (Winnemwährung, Roggenwährung usw.) durchzuführen. Aber auch diese Propaganda lächerte bisher am gelunden Sinn des

